

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM, ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zölzicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 18/15. Jahrgang

8. September 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Programm des Unfriedens

Wie Helmut Kohl aufrüsten will

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit — die Welt am Sonntag schreibt: „Um den Eindruck zu vermeiden, es handele sich um eine Wahlkampfaktion“ — lud sich Kohl am 25. August dreißig Bundeswehrkommandeure ins Kanzleramt. Das Presseamt der Bundesregierung teilt knapp und dürftig mit, Kohl habe die Wichtigkeit unterstrichen, durch eigene Initiativen der Truppe zur Rationalisierung beizutragen. Von der Bundeswehr erwirtschaftete Mittel müßten dem Verteidigungshaushalt erhalten bleiben.

Enträtselt bedeutet dieser Satz, daß am Etat der Bundeswehr nicht mehr gekürzt werden soll. In der breiten Öffentlichkeit läßt Kohl doppelzüngig den Eindruck stehen, die Bundeswehr würde irgendwie heruntergefahren, was populär ist. Allerdings nicht für die gewerksmäßigen Soldaten, denn Schrumpfung heißt da: Beförderungstau. Auf dem Informationsstrang Kommandeure, Offiziere, Unteroffiziere, längerdienende Mannschaften geht deswegen die gegenläufige Botschaft an den soldatischen Wähler: Kameraden, es geht wieder vorwärts.

Wäre es nur ein Betrug! Aber leider, der Wählerfischzug hat einen realen, gefährlichen militärpolitischen Hintergrund. Wenn Kohl jetzt feststellt, daß mit dem Abbau Schluß ist, so ist damit gleichzeitig gesagt, daß die Bundeswehr ihre strategische Größe behalten wird. Sie wird eine Armee bleiben, die sich mit sämtlichen Landstreitkräften der östlichen Nachbarn gleichzeitig auseinandersetzen kann.

Die Bundesregierung rechnet also keineswegs damit, daß sich die militärstrategische Situation der Auflösung des Warschauer Paktes grundlegend geändert hätte. Im Reklamefeldzug für Kampfeinsätze der Bundeswehr wurde der Eindruck vermittelt, die militärische Gewalt der Zukunft richte sich vornehmlich gegen Friedensstörer, die von der UNO erst abgemahnt und dann durch schnelle Krisenreaktionskräfte zur Vernunft gebracht würden.

Die Größenordnung, in der die Bundeswehr aufrechterhalten wird, sagt was anderes. In einem Interview mit der FR (28.7) bemerkt der Inspekteur des Heeres, Bagger, der Auftrag für die Bundeswehr insgesamt und damit für das Heer sei zunächst mal das Sicherstellen der Landesverteidigung.

Eine Bundeswehr fast so groß wie vorher für die Landesverteidigung —

das bedeutet, daß man die Nachbarn im Osten nach wie vor als Feinde eingeplant hat.

Die Bundeswehr war ja ursprünglich auf eine Auseinandersetzung mit den Panzerkräften des Warschauer Paktes eingerichtet, die Vorneverteidigung hieß. Je schwächer der Feind, um so weiter vorne ist „Vorne“. Niemand weiß genau, wo das heutige „Vorne“ gesehen wird. Wirklich niemand?

Der Inspekteur der Luftwaffe, Kuebart, erläutert, ebenfalls in der FR (21.7), warum die Bundeswehr den Eurofighter, früher Jäger '90, braucht. Dieses Gerät habe mit einem sehr modernen Radar die Möglichkeit, über lange Distanzen aufzuklären.

Dies macht den entscheidenden Unterschied zur Beute MIG, die zwar in den Jäger-, d.h. Luftkampfeigenschaften geradeso wirksam sein soll, aber selbstverständlich nicht eingerichtet war auf das Gefecht der verbundenen Waffen, auf elektronische Verbindung und Feuerleitung mit der modernen Panzergeneration. „Vorne“ in diesem Sinne liegt wohl an der Reichweitengrenze des Radars über lange Distanzen des „Eurofighters“: irgendwo hinten in Rußland.

Der lange Schatten der deutschen Waffen fällt auf den Osten, aber die

Schwächung der potentiellen Gegner in diesem Weltteil läßt der deutschen Militärplanung Reserven für das überseeische Denken.

Marineinspekteur Weyher kündigt in der FR (16.7.) an, man plane zusammen mit Heer und Luftwaffe ein Mehrzweckschiff als „eigenständige Möglichkeit, Heeres- oder Luftwaffeneinheiten zu internationalen Einsätzen zu bringen“. Die Marine enthüllt hier die Triebe der Politik, die Kampfeinsätze bisher nur im Bündnis und für weltweit anerkannte gute Zwecke eingerahmt für möglich ausgibt. Seefahrt aber weitet den Horizont, bei der Admiralität weiß man bereits, daß es beim internationalen Einsatz auf die „eigenständigen Möglichkeiten“ ankommt. Dieser Mehrzweckkahn ist ein Gerät für Kanonenbootpolitik im deutschen Eigeninteresse.

Die Strukturierung einer Armee ist Politik, die sich nicht in Worten ausdrückt, sondern in unmißverständlichen Gesten. Die riesigen gepanzerten Kräfte, der Eurofighter und das Mehrzweckschiff sind Gesten der Bedrohung. — (maf)

ohne uns
PDS



Die kurdischen Jugendlichen, die am 18. August in Bonn von der Polizei wegen T-Shirts mit angeblich „verbotenen Symbolen“ auf brutalste Weise angegriffen worden waren, trafen nach einem Bericht der Tageszeitung „Özgür Ülke“ (u.a. in Frankfurt und Freiburg) am 26. August in Genf ein. Nach einer Kundgebung vor dem Gebäude der Vereinten Nationen (oberes Bild) wurden sie von



der Menschenrechtskommission empfangen (unteres Bild). Diese versicherte den Jugendlichen: „Die Kurden sind nicht offiziell den UN-Vorschriften vertreten. Dafür muß gekämpft werden. Ich verspreche Euch, daß ich in allen Gremien, in denen ich beteiligt sein werde, Aufmerksamkeit auf die kurdische Frage lenken werde und tun werde, was in meiner Macht liegt, damit etwas getan wird.“ (Übersetzung aus: „Özgür Ülke“, 30. 8. 94) — (rül)

Roman Herzog hat sich gegen die Kindergeld-Propaganda der SPD (250 Mark für jedes) gewandt — nicht direkt, so daß der Schein bundespräsidentialer Überparteilichkeit gewahrt bleibt, aber deutlich und mit dem Hinweis auf frühere Bundesverfassungsrichtergewalt durchaus autoritär. In der Bild am Sonntag vom 28. August war von ihm unter der Forderung nach Steuervereinfachung und Tarifreduzierung zu lesen:

„Dabei muß die Familie erheblich von Steuern entlastet werden. Denn wer heute vier

oder fünf Kinder hat, ist gegenüber anderen eindeutig unterprivilegiert. Daran gibt es gar keinen Zweifel. Da sehe ich die Notwendigkeit für Reformen, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert. Daraus ergibt sich dann automatisch, daß diejenigen, die keine Kinder haben, entsprechend mehr bezahlen müssen.“

Bemerkenswert ist nicht bloß, wie Herzog die mangelnde staatliche Unterstützung für Kinder gegen Ledige und Kinderlose dreht — mindestens genau so weitreichend in den praktischen Konsequenzen ist der gesellschaftliche Blickwinkel für privilegiert

und unterprivilegiert. Wie muß jemand die bestehende gesellschaftliche Hierarchie, die bestehenden krassen Unterschiede zwischen Arm und Reich verinnerlicht haben, um zu einer solchen Aussage zu kommen: „wer heute vier oder fünf Kinder hat, ist gegenüber anderen eindeutig unterprivilegiert“? Ziemlich sicher stimmt im gesellschaftlichen Durchschnitt das Gegenteil: Wer privilegiert ist, hat eher mehr Kinder; wer arm ist, bleibt eher kinderlos. Die von

Herzog eingenommene Sichtweise hat dennoch ihre Realität: Ausgleichende staatliche

Gerechtigkeit ist unbedingt gefordert, denn wer als Millionär fünf Kinder hat, ist schlechter dran als der kinderlose Millionär.

Die praktische Konsequenz, die Herzog ins Auge faßt: Höhere Kinderfreibeträge bei der Steuerveranlagung. Unser Kinderfreund verschafft damit dem unterprivilegierten Papi von vier, fünf Kindern, der als Geschäftsführer 500 000 Mark im Jahr nach Hause bringt, eine satte Steuererleichterung, neben der die 250 Mark, wie sie die SPD als Kindergeld für alle fordert, echt bescheiden wirken. — (alk)

Kinderfreund?

AKTUELL IN BONN

Union: EU mit deutschem „Kern“

Die CDU/CSU-Fraktion hat eine 14-seitige Dokumentation „Überlegungen zur europäischen Politik“ vorgelegt. Die „Überlegungen“ der Unionsfraktion zielen darauf, einen sogenannten „festen Kern“ der EU zu bilden, der die „europäische Integration“ weiter vorantreiben solle. Dieser „feste Kern“ solle aus der BRD und Frankreich sowie den Benelux-Ländern bestehen, wobei innerhalb dieses „Kerns“ noch einmal ein „Kern des festen Kerns“ aus Frankreich und der BRD bestehen müsse. Dieser „Kern des Kerns“ solle insbesondere die Militärzusammenarbeit und die Währungskooperation vorantreiben. Kurz zuvor hatten sich bereits Außenminister Kinkel und der französische Regierungschef Balladur über die Notwendigkeit eines sogenannten „Kern-europa“ in der EU geäußert. Die Regierungen Dänemarks und Italiens lehnten die Vorstellungen der Unionsfraktion sogleich scharf ab, der italienische Regierungschef Berlusconi sprach sogar von „Sprengwirkung für den Prozeß der europäischen Integration“.

Biedenkopf gegen BfA

Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf hat die Arbeit der Bundesanstalt für Arbeit in Sachsen schroff kritisiert. In der *Bild am Sonntag* erklärte er, „für die neuen Bundesländer“ habe sich die Bundesanstalt „als untauglich erwiesen“. Er wolle mit den anderen Regierungschefs in den neuen Bundesländern über „neue Formen der Arbeitsvermittlung“ sprechen. „Wenn es nicht anders geht, dann stellen wir eigene Vermittler in Sachsen ein und zahlen ihnen eine Erfolgsprämie für vermittelte Arbeitnehmer“. Die demagogische Kritik Biedenkopfs kommt zeitlich genau mit der Geschäftseröffnung privater „Arbeitsvermittler“ zusammen, die seit dem 1. August gegen reichliche Gebühren mit der Not der Arbeitslosen durch „Arbeitsvermittlungen“ ihre privaten Geschäfte treiben dürfen.

GG weiter ohne Minderheitenrecht

Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat Anfang September Vorschläge für die sogenannte „Verfassungsreform“ verabschiedet. Die Beratung im Ausschuß war erforderlich geworden, weil SPD und CSU-Regierungen stärkere Rechte für die Bundesländer gefordert hatten. Hier hat der Ausschuß noch geringfügige Formulierungsänderungen vorgeschlagen. Damit steht fest, daß die verfassungsrechtliche Verankerung von Schutzrechten für Minderheiten erneut gescheitert ist. Eine solche Verfassungsklausel hatten u.a. die dänische Minderheit, Friesen, Sorben, Sinti und Roma seit Jahren immer wieder gefordert.

11 Mrd. DM für Ost-Junker u. a.

SPD und Regierungsparteien haben im Vermittlungsausschuß auch das sogenannte „Entschädigungsgesetz“ für ehemalige Eigner von Ost-Grundstücken und Fabriken, die zwischen 1945 und 1949 (wg. Kriegsverbrechen oder im Zuge einer demokratischen Bodenreform) enteignet worden waren. Das neue Gesetz sieht 11 Mrd. DM an „Entschädigungen“ für diese Figuren und Firmen vor. Das *Handelsblatt*, das sich die Geschäftsinteressen dieser Kreise zu eigen gemacht hat, berichtet, daß allein der Graf Putbus (ex-Junker auf Rügen) „Entschädigung“

gen“ oder Rückgabe früheren Eigentums im Wert von einer halben Milliarde DM erwartet. Das Gesetz werde dennoch so nicht bleiben: Als nächstes stünden nun erneute Klagen vor dem Verfassungsgericht an.

Transrapid: Große Koalition

Am 31. August hat im Vermittlungsausschuß die Mehrheit der SPD-regierten Länder für das Transrapid-Planungsgesetz gestimmt. Dies traf für Hamburg, Hessen, NRW, Bremen, Rheinland-Pfalz und Berlin zu. Damit steht dem Bau der Magnetbahn zwischen Hamburg und Berlin nichts mehr im Weg. Die SPD stimmte dem Sondergesetz zu, obgleich die große Mehrheit der SPD-Fraktion im Bundestag dagegen stimmte und obgleich alle sachlichen Einwände gegen das real am Ende mindestens 10 Mrd. Mark teure Projekt weiter bestehen.

BAFöG-Abbau

Obleich auch im letzten Jahr die Zahl der Studierenden und Schülerinnen und Schüler leicht anstieg, ging die Zahl derjenigen, die Bafög bekommen, um 75000 oder 8,8 Prozent zurück. Insgesamt wurden 1993 noch 533000 Menschen Bafög-gefördert. Der Rückgang der Bafög-Beziehenden fiel in den alten Bundesländern (minus 6,6 Prozent) deutlich geringer als in den neuen Bundesländern (minus 16,6 Prozent) aus. Im Durchschnitt erhielt ein mit Bafög geförderter Studierender im Westen 602 Mark, im Osten kam er auf 498 Mark.

Ministertreffs als Wahlkampf

Zufällig hat die BRD im Wahljahr 1994 den EU-Vorsitz. Zufällig laden fast alle Ressortminister der Bonner Regierung ihre EU-Ressortkollegen kurz vor den Wahlen nach Deutschland ein. Zufällig treffen sich die meisten im jeweiligen Wahlkreis des entsprechenden Bonner Ministers: Bundesverkehrsminister Wissmann lud so nach Ludwigsburg ein, Forschungsminister Paul Krüger nach Schwerin, Arbeitsminister Blüm nach Dortmund, Landwirtschaftsminister Borchert nach Münster. Die FDP muß es als Partei ohne Direktmandate mit Wahlkreisen nicht so genau nehmen. So lädt Rexrodt nach Frankfurt/Oder, Leutheusser-Schnarrenberg nach Berlin und Klaus Kinkel mal nach Usedom, mal nach Lindau ein. In Kinkels eigenen Wahlkreis, nach Karlsruhe, hat dieser teure Außenminister „nur“ ein Treffen der Außenminister der ASEAN-Staaten (Südostasiatische Staaten) gelegt.

Revisionismus im Deutschlandfunk

Einer der führenden deutschen Geschichtsrevisionisten, Alfred Schickel, durfte im staatlichen Deutschlandfunk (DLF) einen Beitrag senden. Seine dort vertretene These: Die Demokratisierungsbemühungen der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg hätten den Deutschen die Köpfe vernebelt. Schickel gehört dem Organisatorenkreis der jährlichen Rudolf-Hess-Gedenkmärsche an. DLF-Programmdirektor Günter Mückler sieht die von Schickel vertretene Position als „im Meinungsspektrum eines öffentlich-rechtlichen Senders vielleicht gerade noch zu tolerieren“ an.

Was kommt demnächst?

Am 8. September will Bundeskanzler Kohl die West-Alliierten in Berlin mit großem Auftritt „verabschieden“. Am 11. September sind Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg.

Count-Down in Bayern

Stefan Scholer über die Landtagswahl am 25.9.

Der Count-Down läuft: Am 25.9. wird Bayern darüber abstimmen, ob die jahrzehntelange politische Stagnation unter CSU-Herrschaft vier weitere Jahre fortgesetzt wird, oder ob endlich Bewegung in die verkrustete Landespolitik kommt. Nach er für die CSU unerwartet positiv verlaufenen Europawahl im Juni dieses Jahres ist bei vielen bis dahin hoffnungsfrohen Menschen der politische Kater noch immer nicht ganz verfliegen: Trotz Amigo-Skandalen, die zur größten Krise der CSU in ihrer Parteigeschichte und zum Rücktritt zahlreicher CSU-Politiker führten (Ministerpräsident Max Streibl, Umweltminister Peter Gauweiler, stellvertretender Parteivorsitzender Gerold Tandler) konnte die CSU mit 48,9 Prozent ein hervorragendes Europawahlergebnis einfahren. Die bayerische SPD, die mit ihrer Spitzenkandidatin Renate Schmidt am 25. September CSU-Ministerpräsident Edmund Stoiber stürzen will, stürzte zunächst einmal selbst mit 23,7 Prozent in die allertiefsten Keller ab.

Wie ist es möglich, daß eine Partei, deren führende Repräsentanten schamloser persönlicher Bereicherung in Ausübung ihrer politischen Ämter überführt wurden, in Bayern nach wie vor das Vertrauen eines so großen Teiles der Bevölkerung genießen? In Bayern gab es — kaum zu glauben — den merkwürdigen Effekt, daß sich die Wut des Großteils der Bevölkerung nicht gegen die Verursacher, sondern gegen die Aufdecker und Kritiker der diversen Skandale richtete. „Wann is endlich a Rua?“ fragten sich nicht wenige Menschen im bis dahin so ruhigen Bayernlande und solidarisierten sich mit der ach so gebeutelten und vom politischen Gegner so gedemütigten CSU. Und es trat ein, was viele nicht für möglich gehalten hätten: Streibl-Nachfolger Edmund Stoiber konnte sich — zumindest in konservativen Kreisen — erfolgreich das Image des Saubermanns anheften, der mit Filz und Bereicherungsmethoden endlich aufräumt und der CSU verlorenes Selbstbewußtsein zurückgibt. Im zum Teil demotivierten Wählerspektrum der CSU konnten die Reihen neu geschlossen werden.

Wahr ist aber auch, daß allein mit Kritik an Skandalen der Regierungspartei keine Opposition Wahlen gewinnen kann. Die Wählerinnen und Wähler möchten schon wissen, wie denn konkret die politische Alternative aussieht. Und hier ist es gerade der SPD als größter Oppositionspartei bislang nicht gelungen, politische Inhalte gegen die regierende CSU zuzuspitzen.

Nicht gerade rosig sieht es also zur Zeit für einen Machtwechsel in Bayern aus, den sich Bündnis 90/Die Grünen auf die Fahnen geschrieben haben, um die letzte Staatspartei auf deutschem Boden endlich auf die längst verdiente Oppositionsbänke im Münchner Landtag zu schicken. Unabhängig davon, daß neue Mehrheiten gegen die CSU in der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht gerade hoch rangieren, ist aber auch hinter manche Parteien, die diese Bündnis tragen sollen, ein dickes Fragezeichen zu machen. Der Fraktionschef der FDP im bayerischen Landtag, Jürgen Doeblin, fordert offen eine Koalition seiner Partei mit der CSU, sollte diese die absolute Mehrheit verlieren. Und Renate Schmidt favorisiert zwar ein rot-grünes Bündnis, schloß aber andererseits auch eine Koalition mit einer „geläuterten CSU“ nicht aus, sollte es

für eine Ampel nicht reichen. Obwohl der Machtwechsel in Bayern also nicht gerade greifbar nahe ist, haben bislang einzig und allein Bündnis 90/Die Grünen Farbe bekannt und im Wahlkampf engagiert für eine neue Politik in Bayern mobilisiert: gegen die rassistische AusländerInnenpolitik der CSU — für eine humane Flüchtlingspolitik und die multikulturelle Gesellschaft. Gegen schwarzen Filz — Für mehr Demokratie und die Einführung von Volksbegehren in den Städten und Gemeinden Bayerns. Gegen Umwelterstörung und Großprojekte (geplant sind neue Straßenbauprojekte und eine Donaukanalisierung auf einem bislang noch freifließenden Streckenabschnitt) — Für eine konsequent ökologische Wirtschaftspolitik. Gegen die extrem frauenfeindliche Politik der CSU sind die bündnisgrünen Frauen zur Zeit 10 Tage lang mit einem „Frauenbus“ in ganz Bayern unterwegs und machen in 30 Städten und Gemeinden Station, um grüne frauenpolitische Forderungen unter's Volk zu bringen.

Ob die rechtsradikalen Republikaner in den Landtag einziehen, ist schwer abzuschätzen. Ihnen werden in Bayern zur Zeit zwischen 3,5 und 4,5 Prozent vorausgesagt. Zwar ist Bayern die Hochburg der Reps, doch auch hier blieb Schönhuber nach seiner politischen Annäherung an die faschistische DVU von innerparteilichen Querelen nicht verschont: Der bayerische Rep-Landesvorsitzende distanzierte sich offiziell von Schönhubers neuer Linie. Auch ist die Frage noch nicht beantwortet, ob die extrem rechte Politik der CSU potentielle Rep-Wähler absorbiert oder aber umgekehrt rechtslastige Menschen verleitet, das Original Rep zu wählen. Ich neige zur ersteren Einschätzung.

In keinem anderen Bundesland hätte ein politischer Wechsel solch weitreichende Konsequenzen wie in der konservativ-reaktionären Hochburg Bayern. Der bayerische Innenminister Günther Beckstein profilierte sich als Hardliner der Nation, der Flüchtlinge sogar mit Polizeigewalt aus Kirchen und Pfarrhäusern herausholen will, um sie in Folterstaaten abschieben zu können. Ministerpräsident Edmund Stoiber vertritt wie kein anderer eine anti-europäische Außenpolitik und redet einer Renaissance des starken Nationalstaates das Wort. Die bayerische Wirtschaftspolitik verteidigt mit Zähnen und Klauen die Rüstungsschmiede Bayern und macht sich für ungehemmte Waffenexporte in alle Welt stark. Einer Ablösung der CSU in Bayern, an die viele Menschen im Herbst 1994 nicht mehr so recht glauben wollen, würde ein politisches Erdbeben mit Folgen weit über die bayerischen Landesgrenzen hinaus folgen.

Am entschiedensten haben Bündnis 90/Die Grünen in den vergangenen Jahren gegen die reaktionäre CSU-Politik Stellung bezogen. Die 6,4 Prozent bei der letzten Landtagswahl brachten uns 12 Sitze im bayerischen Landtag. Auch wenn der Machtwechsel wieder einmal nicht auf der Tagesordnung stehen sollte, hoffen wir doch zumindest auf eine Steigerung dieses Ergebnisses und eine Ermutigung für konsequente Opposition in diesem Land. Ein Zuwachs für die Grünen liegt aufgrund der laschen Politik der beiden anderen Oppositionsparteien auch durchaus im Bereich des Wahrscheinlichen.

Stefan Scholer ist Landespressesprecher von Bündnis 90/Die Grünen in Bayern.

„Das Maß ist jetzt bereits übertoll“

Erklärung von Hans Modrow zur Diskussion um die Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949

Die von einflußreichen Kräften der Bundesrepublik in den letzten Tagen entfachte Diskussion über die von 1945 bis 1949 auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage in der sowjetischen Besatzungszone vorgenommenen Enteignungen wirft weiterhin schwerwiegende Fragen auf. Nachzufragen ist vor allem, wer ein Interesse daran hat, die Rechtmäßigkeit der Enteignungen ein erneutes Mal so vehement zu bestreiten. Wer hat eigentlich den britischen Historiker Stone veranlaßt, darauf zielende Fragen an M.S. Gorbatschow zu richten? Weshalb wird die am 5. Juli von der Gorbatschow-Stiftung übermittelte Antwort des ehemaligen Präsidenten der UdSSR erst Ende August in die Öffentlichkeit lanciert, zu einem Zeitpunkt, an dem die letzten russischen Truppen Deutschland verlassen? Welcher Einfluß soll damit auf den zu diesem Anlaß in der Bundesrepublik weilenden russischen Präsidenten Jelzin ausgeübt werden? Sollen mit der jetzigen Aktion nicht auch Zeichen gesetzt werden, wie die offenen Eigentumsfragen in den Beziehungen mit Polen und der Tschechischen Republik „gelöst“ werden sollen?

Bereits vor mehr als einem Jahr habe ich aus diplomatischen Kreisen in Moskau erfahren, daß es seitens maßgeblicher Kräfte der Bundesrepublik starke Bestrebungen gibt, im Widerspruch zum Einigungsvertrag und zum Zwei-plus-Vier-Vertrag die Enteignungen zwischen 1945 und 1949 zwar als damals rechtmäßig, heute jedoch nichtig zu betrachten. Auf Grund der Zuverlässigkeit dieser Quellen und der Tragweite der restaurativen Bestrebungen mit weitreichenden Auswirkungen auf Millionen ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger habe ich darüber auch einen führenden Vertreter der SPD unterrichtet. Inwieweit diese Partei ihren Einfluß gegen derartige Pläne geltend gemacht hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Heute, mehr als ein Jahr später, halten die nach 1945 Enteigneten und ihre Nachkommen, vor allem die ehemaligen Großgrundbesitzer und die Aktionäre der wegen schwerer Kriegsverbrechen enteigneten Konzerne, wie z. B. des früheren IG-Farben-Konzerns, offensichtlich die Stunde für gekommen, den Prozeß der Restauration früherer Eigentumsverhältnisse und der Enteignung der Ostdeutschen durch die „Treuhand“ und eine Vielzahl von ungerechten Gesetzen zum Abschluß zu bringen. Ihre Argumentation, die Festschreibung der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 im Einigungs- und im 2+4-Ver-

trag sei unter dem Druck der von mir geleiteten Regierung und der meines Nachfolgers de Maiziere erfolgt, geht völlig am Kern der Auseinandersetzungen vorbei. Es ging nicht um Druck oder irgendwelche subjektiven Wünsche, sondern um klare und verbindliche Rechtspositionen, die im Potsdamer und in anderen völkerrechtlichen Abkommen sowie in Gesetzen des Alliierten Kontrollrats für Deutschland niedergelegt waren und denen im Interesse der betroffenen Menschen in Ostdeutschland Geltung zu verschaffen war.

In ihrer Erklärung vom 27. März 1990, das heißt noch zu einer Zeit, in der ich als amtierender Ministerpräsident Verantwortung für die DDR getragen habe, stellte die sowjetische Regierung im Zusammenhang mit der Erklärung der Regierung der DDR vom 1. März des gleichen Jahres, die ich in Briefen an Bundeskanzler Kohl und den KPdSU-

der DDR in Abrede zu stellen, die seinerzeit mit Einwilligung oder auf Beschluß der sowjetischen Seite, die sich dabei von der Erklärung über die Niederlage Deutschlands, vom Potsdamer Abkommen und von anderen vierseitigen Beschlüssen und Entscheidungen leiten ließ, erworben wurden.

Die sowjetische Regierung teilt in dieser Frage die Position der Regierung der DDR, wonach es notwendig ist, die Rechtsordnung strikt einzuhalten sowie die sozialökonomischen Rechte und Interessen von Millionen Menschen in der DDR zu schützen.“

Ebenso klar ist die vom Politbüro des ZK der KPdSU beschlossene Direktive für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, die die UdSSR beim Treffen der Außenminister der Sechs in Berlin am 22. Juni 1990 als offizielles Dokument einbrachte. In ihr heißt es unter Punkt 4:

„Das vereinte Deutschland erkennt

Seine Antwort wird lediglich zum Vorwand genommen, um die letzten noch teilweise fortbestehenden Nachkriegsveränderungen der Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland, vor allem die demokratische Bodenreform, aus den Angeln zu heben.

Wenn den Worten Gorbatschows ein derartiges Gewicht zukommt, dann erhebt sich doch auch die Frage, weshalb seine übermittelte kurze Antwort an einen Historiker zum Vorwand für eine derartige Kampagne gemacht wird, sein kürzlicher Brief an mich, in dem er sich nachdrücklich gegen die Hexenjagd in der Bundesrepublik und die juristische Verfolgung von Verantwortungsträgern ausspricht und an diametral entgegengesetzte Zusagen des Bundeskanzlers erinnert weitgehend verschwiegen wird. Oder ist es etwa nicht bemerkenswert, wenn Gorbatschow in diesem Brief vom 18. August unter anderem konstatiert:

„Ich muß sagen, daß dieses Thema in meinen Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in den Tagen, als sich die Frage der deutschen Vereinigung entschied, mehrmals besprochen wurde. Meine deutschen Partner versicherten, es werde keinerlei Diskriminierung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer politischen Führung zugelassen werden, das Verhältnis zu den östlichen Bundesländern werde sich auf gar keinen Fall nach der Formel von Siegern und Besiegten gestalten ... Hier geht es darum, eine Wahl von historischen Dimensionen zu treffen, sich entweder für einen Kurs der sozialen Revanche, der Vergeltung und des Hasses oder für einen Kurs der nationalen Eintracht, des ideologischen und politischen Pluralismus unter dem für alle gleichen Schutz des Rechts zu entscheiden.“

Das unterschiedliche Herangehen an beide Verlautbarungen von Gorbatschow zeigt einmal mehr die wahren Absichten der Initiatoren der gegenwärtigen Aktion zur weiteren Revision der Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, klare Positionen zu beziehen — sowohl zur Unantastbarkeit der Enteignungen von 1945 bis 1949 als auch zur Gültigkeit der im deutschen Vereinigungsprozeß der UdSSR gegebenen Zusagen. Den den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern in den letzten Jahren zugefügten bitteren Vereinigungsungerechtigkeiten darf kein weiteres Unrecht zugefügt werden. Das Maß ist bereits jetzt übertoll.

Quelle: Pressedienst PDS/LL, 30. 8.



Beim Streit um die Entschädigung oder Rückgabe von Land- und anderem Besitz in der früheren DDR, der zwischen 1945 bis 1949 enteignet wurde, geht es um ein Drittel der Fläche der ehemaligen DDR, berichtet das „Handelsblatt“. Größter „Restitutionsfall“ seien die Güter des Franz zu Putbus, der auf der Insel Rügen 17000 ha im Wert von einer halben Milliarde DM zurückwill. Originalunterschrift zu dem obigen Bild im „Handelsblatt“ vom 2./3. 9. 1994: „Der ‚Circus‘ in Putbus: der weiträumige, runde Platz mit 16 zwei- bis dreigeschossigen zu einem Kreis angeordneten Häusern und einem 19 Meter hohen Obeliken in der Mitte erinnert an die Gründung des Ortes durch Fürst Malte 1810.“

Generalsekretär Gorbatschow übermittelte, unzweideutig fest:

„Unter Berücksichtigung ihrer Rechte und ihrer Verantwortung in den deutschen Angelegenheiten tritt die Sowjetunion für die Wahrung der Gesetzlichkeit der Eigentumsverhältnisse in der DDR ein, und sie ist gegen die Versuche, die Vermögensverhältnisse in der DDR im Falle der Bildung der Währungs- und Wirtschaftsunion mit der BRD sowie im Falle des Entstehens eines einheitlichen Deutschlands in Frage zu stellen. Das setzt voraus, daß beide deutsche Staaten im Prozeß der Annäherung und Vereinigung davon ausgehen, daß die 1945 bis 1949 von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland verwirklichten Wirtschaftsmaßnahmen gesetzmäßig waren. Absolut unannehmbar wären eventuelle Versuche, die Rechte der gegenwärtigen Besitzer von Boden und anderen Vermögens in

die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen und Beschlüsse an, die von den vier Mächten in den Fragen der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung gemeinsam oder einzeln in der jeweiligen Besatzungszone getroffen wurden. Die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse, darunter auch zu Fragen der Vermögen und des Eigentums an Grund und Boden dürfen von deutschen Gerichten oder anderen deutschen Staatsorganen nicht überprüft oder revidiert werden.“

Diese Position fand ihren völkerrechtlichen Niederschlag in den die deutsche Vereinigung begleitenden völkerrechtlichen Dokumenten.

Wenn M.S. Gorbatschow laut der nach ihm benannten Stiftung sich an diese überaus wichtigen Details bei der Beantwortung einer Historikerfrage nicht erinnern konnte, so ist das letztlich eine nebensächliche Angelegenheit.

Eine Art von Ausnahmezustand

Kurdischer Hungerstreik und Repression in München

Der Vollzug der Verbote der kurdischen Vereine hat eine breite Repression der in der BRD lebenden Kurden ausgelöst. Markantes Beispiel sind die Augsburger Newrozauerschreitungen der bayerischen Staatssicherheitskräfte. Ein kurdisches Fest wird zum Anlaß für Inhaftierungen, Abschiebungen, Gefängnisstrafen. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht in Berlin die Verbote gegen eine Reihe von Vereinen außer Vollzug gesetzt hat, stellt sich jetzt die Frage, ob dadurch der Trend der Staatssicherheitsbehörden zur Kurdenverfolgung gebrochen ist. In München, wo der seinerzeit als „Feyka-Teilorganisation“ verbotene Verein „Komala Kurdistan — Kurdische Unabhängigkeit — Internationale Freundschaft e.V.“ wiederzugelassen wurde, war der Hungerstreik vom 15. bis 29. 8. eine Art Probe aufs Exempel.

Die Ordnungsbehörde

In Bayern ist für das Versammlungsrecht die Stadt bzw. der Landkreis zuständig. Die Münchner Ordnungsbehörde, das von einem CSU-Referenten geleitete Kreisverwaltungsreferat, genehmigte eine Dauermahnwache auf dem Sendlinger-Tor-Platz, einer der großen und belebten Plätze Münchens. Die zuständigen Beamten der Ordnungsbehörde waren erkennbar bestrebt, den durch das Verbot auch für sie erkennbar mißhandelten Kurden ihr Recht zukommen zu lassen. Die Verhandlungen über die Ausgestaltung der Aktion, Platzbedarf, Zelt, Kundgebungsmittel usw. waren, wie immer, nicht einfach, aber keineswegs auf Schikane angelegt.

Die Polizei

Zu Beginn der Aktion erschien ein Vertreter des Präsidiums auf dem Platze. Er teilte mit, daß die Polizei bei Verstößen gegen das Vereinsgesetz durch Vorzeigen von Kennzeichen verbotener Parteien sofort eingreifen werden. Auf den Hinweis, daß es sich beim kurdischen Stern — Roter Stern auf gelbem Feld im grünen Kreis — um eine allgemeines, keiner bestimmten Partei als „Kennzeichen“ zuzuordnendes Symbol des kurdischen Selbstbestimmungstrebens handele, entgegnete der Beamte, daß dieser Stern nach der für die Polizei ausschlaggebenden Ansicht der Staatsanwaltschaft als Kennzeichen einer verbotenen Organisation im Sinne des Vereinsgesetzes zu werten sei. Würde der Stern gezeigt, müsse man eingreifen. Es gäbe keinerlei Ermessensspielraum, wie er in Fragen über die Durchführung durchaus schon bestehe. Da bekannt ist, daß die Polizei, wenn sie auf millimetergenauer Einhaltung akribischer Auflagen besteht, jede Aktion chaotisieren kann, war die durch die Blume gegebene Auskunft, daß so etwas nicht vorgesehen sei, ein wichtiger Pluspunkt.

Beginn des Hungerstreiks

Zunächst mochten die Kurdinnen und Kurden, die zum Hungerstreik bereit

waren, kaum glauben, daß diese Aktion auf dem öffentlichen Platz von der Polizei geduldet würde. Erst nachdem klar war, daß das erste Häufchen nicht gleich in Abschiebehaft landete, gelang die Mobilisierung einer dann immer wachsenden Anzahl von Beteiligten. Immer besser wurde auch die Ausgestaltung der „Dauermahnwache mit Hungerstreik“ mit Infomaterial, insbesondere dem *Kurdistan-Report*, mit Stelltafeln, Transparenten, Plakaten, schließlich auch mit Videovorführungen usw. Auch die Resonanz in der Öffentlichkeit war überwiegend freundlich. Unter der freundlichen Oberfläche blieb der Repressionsdruck von Anfang an spürbar. Einige Wochen vorher hatte die Staatsanwaltschaft das Auslegen von Exemplaren des *Kurdistan-Reports* mit einem Strafbefehl von satten 400,— DM geahndet. Grund: Der dort im Kopf abgebildete kurdische Stern war noch nicht überklebt gewesen. So blieb nichts anderes übrig, als alle Propagandamittel nach einer symbolischen Verwendung dieses Sterns durchzusehen.

Das Halim-Dener-Plakat

Am 1. Juli wurde in Hannover im Alter von 16 Jahren Halim Dener durch die Polizei beim Plakatkleben erschossen. Zu seinem Andenken gibt es ein Plakat. Ein Bild von Halim ist dort auf das damals von ihm geklebte Plakat einkopiert. Dazu mehrsprachig die Inschrift: „Beim Kleben dieses Plakates wurde Halim Dener ermordet“. Das damals geklebte Plakat bestand aus der Fahne der ERNK. Die Fahne der ERNK ist eine rote Fahne, die in der Mitte den kurdischen Stern enthält und rechts unten die Aufschrift ERNK.

Nach den Ankündigungen der Polizei war klar, daß dieses Plakat Anlaß zum Eingreifen sein würde. Für die Hungerstreikenden und ihre Freunde war es jedoch undenkbar, dieses Gedenk- und Trauerbild, das irgend jemand aufgehängt hatte, abzunehmen. Es entstand die entwürdigende Alternative, entweder einen Polizeidurchgriff mit nur allzu absehbaren Folgen in Kauf zu nehmen oder auf diese Äußerung zutiefst berechtigter Trauer zu verzichten. Als die Veranstalter schließlich das Plakat abnahmen, sagte eine ältere Kurdin leise, traurig und bitter ungefähr folgendes: „Hier in Deutschland hält man die kurdischen Jugendlichen wohl für Hunde, man läßt die Kurden nicht einmal ihre ermordeten Kinder betrauern...“

Die Staatsanwaltschaft greift ein

Für die Kurden und ihre Freunde war es trotz solcher verbitternder Begleitscheinungen ein politischer Erfolg, die Ziele des kurdischen Kampfes um Selbstbestimmung in aller Öffentlichkeit vertreten zu können. Es muß auch



gesagt werden, daß Kleinigkeiten, die sonst in München leicht schon mal zu Angriffen auf Veranstaltungen geführt hatten, sowohl mit der Polizei wie mit der Ordnungsbehörde geregelt werden konnten. In der zweiten Woche der Aktion kam es dann jedoch zu einer umfassenden Verschärfung.

— Wahrscheinlich die CSU animierte Leute in ihrem Einflußbereich, sich über die Fortdauer der Aktion bei der Kreisverwaltungsbehörde zu beschweren. Es kam zu „Anwohnerprotesten“, nicht bei den Veranstaltern, sondern bei der Behörde; die wiederum hielt sich an ihre Auflagen und ermahnte die Veranstalter, die Auflagen durchzusetzen. Kernpunkt: das Videogerät, mit dem kurdische und auch deutsche Ton- und Bilddokumente gezeigt wurden und das nicht angemeldet worden war.

— Vermutlich auf Betreiben höherer Sicherheitsbeamter erwirkte die Staatsanwaltschaft eine richterliche Beschlagnahmeverfügung gegen den *Kurdistan-Report* 68, wegen zweier darin enthaltener Aufsätze.

— Wenig später stellte dann die Polizei den *Kurdistan-Report* 69 sicher, weil das Bilddokument auf dem Umschlagfoto (Frankfurter Kundgebung) als Verbreiten von Kennzeichen verbotener Organisationen zu bewerten sei, die Versammlungsleiterin wurde zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Polizeipräsidium geschafft.

— Die von der bayerischen Polizei aufgelegte breite Bilddokumentation wurde benutzt, um einen jüngeren Kurden wegen Verstoßes gegen das Asylgesetz (er hätte nicht nach München kommen dürfen) aus der Aktion heraus und zur Personalienfeststellung auf die Polizei zu holen.

Bei Gesprächen über die Verlängerung der Dauermahnwache bezog die Ordnungsbehörde schließlich die Position, daß eine Verlängerung über den Sonntag, den 28. 8., nicht zugelassen werde.

Das Ende der Aktion und Fazit

Zum Ende der zweiten Hungerstreikwoche war damit die Aktion auf gesetzlichem Wege weitgehend mundtot gemacht worden. Während einer Solidaritätskundgebung des „Münchner Bündnis gegen Rassismus“ am Samstag, den 27. 8., kam es sogar so weit, daß die Polizei wegen Parolen-Rufens mit Eingriffen drohte. In dieser angespannten Situation kamen dann am Sonntag viele

kurdische Familien, im Ganzen einige hundert Menschen, auf den Sendlinger-Tor-Platz.

Es wäre vielleicht möglich gewesen, die Aktion zu diesem Zeitpunkt mit einer spontanen Demonstration durch die Fußgängerzone zu beenden. Im Kreis der Hungerstreikenden und ihrer Freunde setzt sich jedoch die Ansicht durch, daß eine weitere Verlängerung bis zum 1. 9. versucht werden müsse.

Es bildete sich ein Hungerstreikkomitee, das Verhandlungen mit der Polizei aufnahm und eine Duldung der Mahnwache bis zum nächsten Morgen erreichte. Dann aber konnte eine weitere Verlängerung nicht erreicht werden.

Fazit: Die Situation nach der teilweisen Wiederzulassung der kurdischen Vereine bleibt widersprüchlich. In der Öffentlichkeit, aber auch in den Behörden und sogar bei der Polizei gibt es die Einsicht, daß den Kurden Unrecht geschah, und das Bestreben, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Bei den hohen, regierungsnahen Sicherheitsbehörden folgt man jedoch der Strategie weiter, die kurdische Bevölkerungsgruppe in den politischen Untergrund zu drängen. Man versucht, die kurdische Propaganda in der öffentlichen Meinung der BRD auszuschalten.

Grundlage dafür bildet eine allgemeine Kurdenverfolgung, die dadurch erreicht wird, daß Symbole, die für die Kurden die Hoffnung auf menschenwürdiges Überleben bedeuten, als Kennzeichen einer verbotenen Vereinigung im Sinne des Vereinsgesetzes verfolgt werden.

Auf dieser Grundlage werden dann authentische kurdische Äußerungen in Wort, Schrift und Bild angegriffen und eingezogen. Dabei spekuliert man eiskalt, daß kurdische Urheber nicht wagen könnten, auf einer rechtlichen Klärung zu bestehen, weil sie sich ja dadurch als PKK- oder ERNK-Sympathisanten zu erkennen gäben und verfolgbar würden. So ist die groteske Situation entstanden, daß sich der Münchner Verein „Komala Kurdistan, Kurdische Unabhängigkeit — Internationale Freundschaft e.V.“, der die „Dauermahnwache mit Hungerstreik“ angemeldet hat, mit der Staatsanwaltschaft darum streiten muß, als „Verbreiter“ im Sinne des Pressegesetzes in Frage zu kommen, weil daraus die Möglichkeit folgen würde, daß in das Verfahren um die — unbegründbare und rechtswidrige — Beschlagnahme des *Kurdistan-Reports* 69 Menschen eintreten, die nicht unter dem Ausländer-Sonderrecht stehen. — (maf, wob)

Hannover: Polizei will das 3. Internationale Deutsch-Kurdische Kulturfestival verbieten

Dokumente der PDS Linke Liste Hannover zum Konflikt mit den Polizeibehörden über das „Halim Dener — Dritte Internationale Deutsch-Kurdische Kulturfestival“

Am 2. August hat die PDS/LL Hannover bei der Stadtverwaltung Hannover den Antrag auf Durchführung des 3. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals eingereicht. Als Veranstaltungsort war das Niedersachsen-Stadion vorgesehen. Zur Erinnerung: Bereits 1992 und 1993 hatten kurdische Organisationen in Bochum und Frankfurt große Kulturfestivals durchgeführt, bei denen jeweils mehrere zehntausend Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa ihre Kultur und ihren Widerstand gegen koloniale Fremdherrschaft und für ihre Befreiung gefeiert hatten. Allein zum letzten Festival im Sommer 1993 in Frankfurt waren etwa 70000 Kurdinnen und Kurden gekommen. Schon bei diesen Festivals hatte es zahlreiche Versuche der Polizei und anderer Behörden gegeben, die Durchführung der Festivals zu behindern und mit entwürdigenden Auflagen zu erschweren.

Die PDS/LL als Antragsteller bemühte sich deshalb von vornherein, durch die Gewinnung zusätzlicher Schirmherren das Festival gegen solche Schikanen „abzusichern“. Als Schirmherren gewonnen wurden u.a.: Aktion Dritte Welt Saar; Joseph Benker, Mitglied im belgischen Senat; Prof. Dr. Martin Bennhold, Osnabrück; Erling Folkvord, Mitglied des norwegischen Parlaments; Friedel Grützmaker, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Rheinland-Pfalz; Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsgruppe der PDS/LL im Bundestag; Andreas Nekof vom Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge; Republikanischer Anwälten- und Anwälte-Verein; Eberhard Schultz, Rechtsanwalt aus Bremen; Silke Stokar, MdL Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Niedersachsen.

Trotzdem versucht jetzt die Polizeibehörde von Hannover, das Festival zu verbieten. Die PDS/LL hat daraufhin vor dem Verwaltungsgericht Klage erhoben gegen das beabsichtigte Verbot. Eine Entscheidung des Gerichts wird vielleicht schon bis Ende dieser Woche vorliegen. (rül)

PDS/LL Hannover zur Verbotsankündigung der Polizei

Die PDS/Linke Liste, Kreisverband Hannover, hat am 2. August 1994 bei der Stadt Hannover die Anmietung des Niedersachsenstadions für das Dritte Internationale Deutsch-Kurdische Kulturfestival beantragt.

Am Donnerstag, den 25. August 1994, erhielten wir ein Schreiben der Polizeidirektion Hannover, in dem uns mitgeteilt wurde, daß die Polizei beabsichtigt, die Veranstaltung zu verbieten.

Als Begründung wird angegeben, daß es sich bei dem Festival um eine von der PKK geplante Veranstaltung handele und die PDS nur formal als Veranstalter auftrete. Für diese Vermutung werden seitens der Polizei folgende fünf Punkte als „Hinweise“ angeführt:

1. Das Festival stehe in der Tradition der vorhergehenden Festivals in Bochum und Frankfurt, dies werde bereits durch die Namensgebung deutlich. Die Festivals in Bochum und Frankfurt wären PKK-Propagandaveranstaltungen gewesen.

2. Die Anwerbung von Schirmherren

wäre nicht über die PDS, sondern über kurdische Organisationen erfolgt. Diese kurdischen Organisationen wären Ersatzorganisationen verbotener Organisationen.

3. Ein Sprecher des von uns eingerichteten Vorbereitungsbüros sei PKK-Funktionär.

4. Das Vorbereitungsbüro in Braunschweig sehe die PDS nicht als inhaltsbestimmenden Veranstalter. Dies zeige die Presseerklärung des Vorbereitungsbüros vom 17.8.94, dort werde die PDS „nur als offizieller Anmelder“ bezeichnet. Außerdem lasse „Diktion und Stil“ erkennen, daß es nicht der PDS-Gliederung angehöre.

Daß das Vorbereitungsbüro nur zweimal wöchentlich je fünf Stunden erreichbar sei, deute darauf hin, daß „die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für dieses Festival auch von dort nicht erledigt werden.“

5. Der Sitz des Vorbereitungsbüros liegt nicht im Zuständigkeitsbereich des Kreisverbandes.

Die Sprecher des Vorbereitungsbüros seien keine PDS-Mitglieder. Darüber hinaus befinde sich das Vorbereitungsbüro nicht am Veranstaltungsort.

Eine haarsträubendere und konstruierte Begründung kann es wohl kaum geben. Die Festivals in Bochum und Frankfurt verliefen vollkommen friedlich. Das Zeigen von PKK-Symbolen stellte zu diesem Zeitpunkt noch keinen Straftatbestand dar. Die Behauptung, die vorhergehenden Festivals seien PKK-Propagandaveranstaltungen gewesen, ist eine unzulässige Bewertung seitens der Polizei.

Die Anwerbung von Schirmherren haben wir bewußt kurdischen Organisationen überlassen, da diese direktere Kontakte zu Menschen haben, die zu der Problematik Kurdistan arbeiten, und wir eben nicht den Eindruck erwecken wollten, bei der Veranstaltung handele es sich um eine Wahlkampfveranstaltung. Bei den tätig gewordenen Organisationen handelt es sich im übrigen um vollkommen legale Organisationen.

Personen als PKK-Funktionäre zu bezichtigen, ohne weitere Beweise vorzulegen, zeigt deutlich, wie das PKK-Verbot sämtliche Prinzipien eines Rechtsstaates außer Kraft setzt. Hier gilt eben nicht mehr der vielzitierte Rechtsgrundsatz: Im Zweifel für den Angeklagten. Ohne rechtskräftiges Urteil wird die Behauptung zum Fakt, der für die weitere Begründung herangezogen werden kann und wird. Unter diesen Voraussetzungen ist es einfach, jeden Kurden in die Nähe der PKK zu stellen und damit zu kriminalisieren. Der in der Verbotsandrohung namentlich erwähnte Kurde hat sich bisher in der Bundesrepublik keine strafbare Handlung zuschulden kommen lassen. (...)

Die Verbotsankündigung zeigt, daß es der Polizei gar nicht darum geht, das Festival rechtskräftig zu verbieten. Die aufgeführten Belege können vor keinem Gericht Bestand haben. In sämtlichen vorhergehenden Äußerungen der Polizeidirektion war die Position vertreten worden, daß es rechtlich keinerlei Handhabe gebe, das Festival zu verbieten. Der Polizei Hannover geht es vielmehr darum, für das Festival notwendige Verwaltungsentscheidungen zu behindern. (...)

(Presseerklärung vom 26. 8. 94)



Foto: res

DOKUMENTATION

Aus der Rücknahme der Verbote muß doch was folgen! — Eine „kleine Anfrage“ in Berlin.

Die PDS-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus Sigrun Steinborn hat die Aufhebung der Verbote von 21 kurdischen Vereinen durch das Bundesverwaltungsgericht zum Gegenstand der folgenden kleinen Anfrage gemacht.

Ich frage den Senat:

1. Haben die kurdischen Vereine die beschlagnahmten Sachen und Gegenstände (wie z.B. Geldmittel, Trachten, Musikinstrumente usw.) zurückerhalten? Wenn nein, wann geschieht dies?
2. Wer kommt für den Schaden und dessen Kosten auf (Umgangskosten und ähnliches)?
- a) Wird der Senat zur Wiedergutmachung und zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens einen Teil der

Mietkosten für den kurdischen Verein in der Zossener Straße 41 (Sitz des neuerrichteten kurdischen Zentrums in Berlin, d. Red.) übernehmen?

3. Wie will der Senat politische Wiedergutmachung leisten, da das friedliche Zusammenleben von Kurdinnen und Kurden sowie Deutschen durch das neunmonatige Verbot der kurdischen Vereine erheblich gestört wurde?

4. Gedenkt der Senat bei Verbotsbeschlüssen der Bundesregierung, in Zukunft diese auf ihre Rechtssicherheit zu prüfen?

5. a) Welche Kosten sind dem Senat zur Durchsetzung dieser Verbote auch durch Demonstrationen gegen die Verbote entstanden?

b) Gedenkt der Senat, diese der Bun-

desregierung (Bundeskanzler Kohl, Außenminister Kinkel und Innenminister Kanther) in Rechnung zu stellen?

6. a) Hat der Senat die kurdischen Vereine darauf hingewiesen, daß sie Regreß stellen können? In welcher Art und Weise?

b) Was unternimmt der Senat, um die Aufhebung der Verbotsverfügung der kurdischen, aber auch der türkischen und deutschen Bevölkerung Berlins bekanntzumachen (Aushang in öffentlichen Gebäuden, deutsch-kurdisches Freundschaftsfest oder ähnliches)?

7. Wieviel und welche Verfahren hat es im Zusammenhang mit dem Verbot kurdischer Vereine in Berlin gegeben (bitte genaue Angaben über Personen, gegen die ermittelt wurde, über Haft-

strafen, Geldstrafen, Aufforderungen zum Verlassen Deutschlands, Ausweisungen zum Abschieben und ähnliches)?

8. Gedenkt der Senat, eine Amnestie gegenüber allen sich im Zusammenhang mit dem Verbot strafbar gemachten Kurdinnen und Kurden zu erlassen, da sich im nachhinein gezeigt hat, daß die Verbotsverfügung offensichtlich rechtswidrig war?

9. a) Wieviel Mittel gehen an öffentlicher Förderung an kurdische Vereine, wieviele an türkische?

b) Bietet der Senat Beratungen für kurdische Vereine an, und in welcher Form? Wenn nein, mit welcher Begründung lehnt der Senat dies ab?

— (Sigrun Steinborn, 23. 8. 1994)

Bananenarbeiter in Costa Rica streikten

Initiative BanaFair berichtet über Auswirkungen des Bananenhandels

Die Banane ist in aller Munde. Und dennoch möchte sie einem manchmal fast im Halse stecken bleiben. Zwei Streiks der costaricanischen BananenarbeiterInnen auf Pflanzungen des britischen Bananenmultis „Geest Caribbean Americas“ haben erneut die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen der bananeros/as thematisiert. Die Gelnhauser Initiative BanaFair gibt Auskunft über die sozialen Auswirkungen des Bananenhandels.

Der aktuelle Streik

Im Anschluß an einen Streik auf Plantagen der Geest Caribbean Americas in Costa Rica ist es zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Tausend ArbeiterInnen hatten am 7. Mai auf den Plantagen in der karibischen Region Sarapiquí zum zweiten Mal innerhalb eines Monats ihren Ausstand erklärt. Die ArbeiterInnen protestierten gegen die willkürliche Kürzung von Löhnen und die Verlängerung der Arbeitszeiten, den ungeschützten Kontakt mit Agrochemikalien, die sexuellen Belästigungen gegenüber den Arbeiterinnen und für die Rücknahme von bereits ausgesprochenen Entlassungen gegen vornehmlich nicaraguanische ArbeitsmigrantInnen.

Auf Veranlassung der Geschäftsführung der Geest hin zog die Polizei schwer bewaffnete Einheiten zusammen. Eine größere Anzahl von BananenarbeiterInnen wurde bei dem Angriff der Polizei mit Tränengas und M-16-Gewehren schwer verletzt, weitere wurden verhaftet.

Soziale Folgen der Bananenwirtschaft

Der aktuelle Streik der Bananeros/as wirft ein Licht auf deren äußerst angespannte Arbeits- und Lebenssituation. Eine kurze Beschreibung soll das Umfeld skizzieren, aus dem der aktuelle Streik heraus entstanden ist.

Die körperliche und geistige Anspannung der Arbeiter und Arbeiterinnen ist groß. Die Arbeit in den Pflanzungen ist in erster Linie eine manuelle Tätigkeit. Insgesamt fallen ca. 300 verschiedene Arbeiten an. Die Arbeit erfordert gut ausgebildete Arbeiter. Auf den Bananenpflanzungen aber sind Arbeitstage von mehr als zwölf Stunden üblich. Die Arbeit ist auch unter anderen Aspekten in extremer Weise gesundheitsbelastend. So wird z.B. die Besprühung der Pflanzungen aus der Luft mit hochgiftigen Schädlingsbekämpfungsmitteln nicht ausgesetzt, wenn in den Plantagen gearbeitet wird. Die meisten der ArbeiterInnen können nicht mehr als zehn Jahre auf einer Bananenplantage tätig sein — spätestens dann sind sie berufs- oder sogar arbeitsunfähig.

Dabei haben die ArbeiterInnen wenig Möglichkeiten, sich gegen die extreme Ausbeutung durch die Bananenmultis zu wehren. So greifen die Bananengesellschaften bei der Anstellung der ArbeiterInnen zunehmend auf Subunternehmer (Contratistas) zurück. Diese Subunternehmer stellen ihrerseits ArbeiterInnen an. Die Finca-Besitzer haben somit keinerlei arbeitsvertragliche

Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten. Die ArbeiterInnen solcher Subunternehmer sind meist illegale in Costa Rica lebende Ausländer (zumeist NicaraguanerInnen), denen selbst minimale Rechte vorenthalten werden. Mehr als 70% der Beschäftigten arbeiten mit befristeten Arbeitsverträgen. Ihre Arbeitsverträge sind auf drei Monate begrenzt. So werden sie gerade noch vor dem Moment entlassen, an dem sie Ansprüche auf soziale Absicherung erhalten würden. Weiterhin haben die Unternehmen ein Netz sozialer Kontrollen entwickelt, um Organisationsbestrebungen der Arbeitenden schon im Ansatz zu verhindern. Streikende oder gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen werden auf schwarzen Listen notiert; eine weitere Anstellung — auch bei anderen Arbeitgebern wird quasi unmöglich. Diese Form der Repression hat die in der Bananenregion aktiven Gewerkschaften nachhaltig geschwächt.

Gleichzeitig werden auf den Bananenplantagen selbst die minimalsten Arbeitsrechte verletzt. Die Arbeitgeber — zumeist multinationale Unternehmen — leisten selbst Gerichtsurteilen keine Folge oder aber ziehen es vor, die fälligen Strafen zu zahlen, statt den ArbeiterInnen ihre Rechte zuzugestehen. Dabei wird die systematische Aushöhlung des Organisationsrechtes der ArbeiterInnen von der Regierung stillschweigend toleriert.

Sie reagiert damit auf den enormen Druck, der seitens der Multinationals auf sie ausgeübt wird. Diese begründen ihrerseits ihre weitergehenden Forderungen nach Steuererleichterungen und finanzpolitischen Vergünstigungen mit dem Argument des Absatzrückgangs, der durch die aktuelle Quotenregelung der EU verursacht sei.

Einige Worte zu Geest . . .

Der Streik auf den Plantagen der Geest wirft die Frage nach der Rolle des Unternehmens auf. Der britische Fruchtkonzern Geest war bislang in Deutschland weitgehend unbekannt. Bisher beschränkte sich die Geest auf die Vermarktung von Bananen, die von unabhängigen ProduzentInnen auf den Windward-Inseln (Kleine Antillen) angebaut wurden.

Das unternehmerische Engagement der Geest in Costa Rica geht auf das Jahr 1990 zurück und steht für eine veränderte Unternehmensphilosophie. Seitdem wird der Konzern erstmals als selbstständiger Produzent aktiv. Angestellte ArbeiterInnen besorgen die Bestellung der firmeneigenen Plantagen. Das Verhalten der Geest gegenüber „ihren“ ArbeiterInnen und den nationalen Voraussetzungen in Costa Rica stimmt allerdings besorglich: Der Konzern ist in den letzten vier Jahren durch verschiedene Entlassungswellen, den Todesfall eines Jugendlichen und massive Rodungen von Primärregenwald aufgefallen. Der Versuch, den aktuellen Streik niederzuschlagen, stellt somit lediglich ein neues Kapitel eines brutalen Vorgehens dar. Der Konzern ver-

marktet seine Bananen in Europa (in Deutschland z.B. in Zusammenarbeit mit Edeka) unter den Handelsbezeichnungen „Amerigo“ und „Tropical Eden“ (sic!). Gemeinsam mit dem ebenfalls britischen Multi Fyffes hat Geest das Monopol der Vermarktung der zollfreien karibischen Bananen inne und hat außerdem Zugriff auf einen Großteil der mengenbeschränkten Lateinamerikaimporte. Geest ist neben Fyffes eindeutiger Gewinner der seit 1. Juli 1993 gültigen neuen europäischen Bananenmarktordnung. Dennoch zahlt der Konzern nach Auskunft costaricanischer BananenarbeiterInnengewerkschaften die schlechtesten Löhne (rund 155 DM für zwei Arbeitswochen à zwölf Stunden Arbeit pro Tag) in Zentralamerika.

. . . und ihren Geschäften

Obwohl der Multi gerade von den nicaraguanischen ArbeitsmigrantInnen profitiert, ist seitens des Konzerns auf wenig Gegenliebe zu hoffen. Geest sowie andere in Costa Rica ansässige Unternehmen machten sich bislang die rechtliche Unsicherheit der MigrantInnen zunutze und ließen sie — zumeist für einen Hungerlohn — für sich arbeiten. Eine unter Druck von costaricanischen und nicaraguanischen Gewerkschaften entstandene Migrationsamnestie gibt derzeit illegal in Costa Rica tätigen ArbeiterInnen die Möglichkeit, ihren Status zu legalisieren. Einzige Voraussetzung ist jedoch, daß die Betroffenen eine aktuelle Anstellung vorweisen können. Geest hat sich bis heute dagegen gesperrt, den bei ihr beschäftigten ArbeitnehmerInnen die entsprechenden Papiere auszuhändigen. Denn als illegale werden die Betroffenen so auch in Zukunft keine Chance haben, sich auf rechtmäßigem Wege gegen den Konzern zu wehren.

Auch gegenüber den Gewerkschaften verhält sich der Konzern alles andere als kulant. Die costaricanischen sindicatos haben mit ihrem derzeitigen Streik ein neues Kapitel in den Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und Unternehmen aufgeschlagen und einen partiellen Sieg erringen können. Erstmals, seitdem vor zwölf Jahren die einstmaligen starken PlantagenarbeiterInnengewerkschaften militärisch zerschlagen worden sind, haben sie ein Unternehmen an den Verhandlungstisch zwingen können. Sie machten sich damit eine Liberalisierung zunutze, die durch ein Ende letzten Jahres verabschiedetes Gesetz in die Wege geleitet worden ist. Dort wurde zumindest formal die rechtliche Situation der Gewerkschaften aufgewertet. Dies erlaubte ihnen, sich gegenüber den von den Unternehmen eingesetzten „Solidaristischen Vereinigungen“ durchzusetzen.

Dennoch handelt es sich z.T. um einen Pyrrhussieg. Denn ein im Anschluß an den Streik getroffenes Abkommen zwischen der Gewerkschaft der Bananeros/as, Geest und Vertretern des costaricanischen Arbeitsministeriums ist mittlerweile von Geest erneut gebrochen worden. Dies, obwohl von allen Seiten die von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen anerkannt wurden: die Respektierung der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation, die Wiedereinstellung aller ArbeiterInnen, die während der Streiks entlassen wurden, die Zusage zu Verhandlungen über Lohnerhöhungen und die Zusage, keine ArbeiterInnen mehr über die berechtigten Contratistas (Leiharbeitsfirmen) zu vermitteln. Bereits zwei Tage später, am 18. Mai, entließ der britische Multi erneut 60 Beschäftigte.

Da es sich bei den meisten der entlassenen ArbeiterInnen um aktive Gewerkschaftsmitglieder handelt, wird offensichtlich, daß es sich hier unter anderem um einen Versuch handelt, die neue Gesetzgebung zu unterlaufen und die sich verstärkt formierenden ArbeiterInnenorganisationen zu schwächen. Ihren neu gewonnenen Handlungsspielraum effizient auszufüllen und ihn sukzessive gegen die Interessen der Konzerne durchzusetzen, ist nun die vordringlichste Aufgabe der Gewerkschaften. Hierzu suchen sie Unterstützung aus Europa.

Boris Scharlowski / Rudi Pfeifer
Kontakte, Spenden & Materialien: BanaFair ist in ständigem Kontakt mit Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) in verschiedenen europäischen Ländern (Farmers' Link/GB, geba/CH, Solidaridad/NL, u.a.), um gemeinsame Aktionen zur Unterstützung der Gewerkschaften der BananenarbeiterInnen zu koordinieren. Daneben brauchen die Gewerkschaften finanzielle Hilfen zur Versorgung der Familien der entlassenen Bananeros/as und zur juristischen Durchsetzung ihrer Rechte. Spendenkonto: BanaFair, Kto. 716057, Raiffeisenbank Nordspessart, BLZ 507 631 89, Verwendungszweck: „Soforthilfe Geest-Streik“. Die zwei im Text angeführten Hintergrunddossiers zur neuen europäischen Bananenmarktordnung werden Ende Juli bei BanaFair erscheinen. „Von der Tulpenzwiebel zum Bananenmonopol. Portrait eines europäischen Bananenmultis“ untersucht auf 24 Seiten die Geschäftspraktiken der Geest. „Die Bananenproduktion in Costa Rica — ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Auswirkungen und mögliche Alternativen“ des costaricanischen „Foro Emaus“ gibt einen Einblick in die Diskussionen der Bananeros/as und deren Forderungen. Bezug und weitere Infos: BanaFair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen.

Dieser Artikel erschien in CONTRASTE Nr. 118/119 und wurde von uns über das CL-Netz bezogen.



Radio Panamericana — „Das Radio der Leute“

„Ist es heute in einem unterentwickelten Land Lateinamerikas möglich, daß eine politische Gruppe der Linken, die 23 Jahre im Untergrund, in den Gefängnissen und im Exil verbracht hat, ein alternatives Radio macht? Ein Radio mit hohen Einschaltquoten und landesweiter Beteiligung der HörerInnen? Die Nationale Befreiungsbewegung — Tupamaros (MLN-T), die seit den sechziger Jahren als eine der ersten Stadtguerillas bekannt ist und seit 1985 legale politische Arbeit macht, hat diese Herausforderung mit ja beantwortet.“

Seit dem 19. Juni 1988 kann CX 44 Radio Panamericana auf Mittelwelle mit zehn Kilowatt Leistung im ganzen Land gehört werden. „La radio de la

gente“ (Das Radio der Leute), wie es genannt wird, versucht, über alternative Formen der Kommunikation die Folgen fehlender Pressefreiheit während der Militärdiktatur (1973–1985) aufzuheben ...

Die andere Art von Kommunikation von Radio Panamericana, die wir in den viereinhalb Jahren seines Bestehens aufgebaut haben, gründet sich im pluralistischen, demokratischen, partizipativen und solidarischen Charakter seiner Arbeitsweise. Sie bricht mit dem orthodoxen Kommunikationskonzept SenderIn—EmpfängerIn ... Wir gehen von dem Grundsatz aus, daß keine Stimme vom Radio an den Rand gedrängt werden darf, weder die Stimme derjenigen, die niemals den Raum besaßen, um sich auszudrücken, noch derjenigen, die ihn zwar hatten, aber von der Linken generell zurückgewie-

sen wurden ... Weder die MLN noch die Leitung des Senders besitzen einen eigenen Sendeplatz; ihre Meinung wird gleichberechtigt mit der der übrigen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen eingeholt. Es existiert weder eine Zensur der Sendungen noch der telefonischen oder persönlichen Beteiligung der HörerInnen. Wir fördern die Debatte und das Aufeinanderprallen der Ideen, da wir glauben, daß sich die Wahrheit aus dieser freien, nicht manipulierten Auseinandersetzung entwickelt. Auf diese Weise beteiligt sich die HörerInnenschaft, kritisiert, gibt ihre Meinung zu den Sendungsinhalten ab, informiert über soziale Probleme in den Stadtvierteln und deckt jegliche Verletzung der fundamentalen Menschenrechte auf ...

Ein bedeutender Teil der HörerIn-

nenschaft erkannte sehr bald die Notwendigkeit eines Radio Comunitaria dieser Art und trug aktiv dazu bei, es im Äther zu erhalten, als es sich aus wirtschaftlichen Gründen in seiner weiteren Existenz bedroht sah. Dies drückt sich zum einen in den Einschaltquoten aus, die dem „Radio de la gente“ unter den 137 Radios im ganzen Land (40 davon in Montevideo) im Durchschnitt den dritten Platz sichern. Zum anderen zeigt sich die Akzeptanz in dem großen Zulauf, den unsere Aktivitäten, Festivals, Exkursionen, Solidaritätstouren, Workshops etc. finden ...

Selbstdarstellung des Radio Panamericana, stark gekürzt aus IKX-Brief Nr. 1, Nov. 1992 bei InterKonneXiones (IKX), Adlerstr. 12, 79098 Freiburg

Regierung Uruguays verschärft die Repression

Drei Tote und zahlreiche Verletzte durch Polizeiangriff auf Demonstration — Sende- und Empfangsverbot gegen „Radio Panamericana“ soll Oppositionsbündnis schwächen

Am 28. August hat die Regierung von Uruguay die Sendelizenz von Radio Panamericana kassiert. Damit soll „das Radio der Leute“ zum Schweigen gebracht werden, ein „freies“ Radio, das von einem breiten Bündnis von Linken, Gewerkschaftern und Menschenrechtlern betrieben wird. Das Sende- und Empfangsverbot folgte dem „Massaker von Jacinto Vera“, mit dem die Regierung Uruguays die Demonstrationen gegen die Auslieferung von drei angeblichen ETA-Mitgliedern an die spanische Regierung blutig niederschlug. In Uruguay stehen Wahlen bevor, und die Regierung will mit allen Mitteln den Zusammenschluß der Opposition und ihren Machtverlust verhindern.

Seit Freitag, 19. August, demonstrierten Tausende von Menschen vor dem Krankenhaus Filtro in Montevideo gegen die Auslieferung von drei Basken, die in Uruguay politisches Asyl gesucht hatten und denen vorgeworfen wird, ehemalige ETA-Mitglieder zu sein. Die Basken befanden sich seit zwei Wochen im Hungerstreik, ihr Leben war in Gefahr. Inzwischen wurden sie an Spanien ausgeliefert.

Am Dienstag, 23. August, rief die PIT-CNT, die Landesgewerkschaftszentrale Uruguays, ab 12 Uhr mittags zum Generalstreik auf. Sie wies auf den Druck der spanischen Regierung hin, die die Auslieferung der Basken erreichen wollte, und forderte auf, „für die Verteidigung des Lebens, der öffentlichen Freiheiten, der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität von allen externen Einflüssen“ zum Hospital Filtro zu demonstrieren. Viele Menschen in Uruguay verteidigen das Asylrecht aufgrund der Erfahrungen aus der Zeit der Militärdiktatur.

Am Mittwoch, 24. August, beendete die PIT-CNT den Generalstreik, forderte aber die Einzelgewerkschaften zur Beteiligung an der Demonstration nach der Arbeitszeit auf. Alle Aktionen verliefen absolut friedlich.

Die Regierung verübte mit ihren Polizeikräften ein offenbar geplantes Massaker: Schon morgens um sechs Uhr griffen sie ohne Vorwarnung die zu diesem Zeitpunkt nur einige Hundert zählenden Demonstranten an; offenbar sollte die gesperrte Zone um das Hospi-

tal erweitert werden. Es gab die ersten Verletzten und Verhafteten, was die Regierung zunächst vertuschen wollte. Nachträglich wurde bekannt, daß ab 9.30 Uhr in Krankenhäusern Betten und Ambulanzen reserviert wurden; um 16 Uhr wurde ein ehemaliger Parlamentarier von einem Offizier aufgefordert, für die Entfernung von Frauen und Kindern aus der Demonstration zu sorgen; um 17 Uhr fiel der Strom in dem Stadtviertel aus; um 18 Uhr wollte eine Delegation von Parlamentariern mit den zuständigen Sicherheitskräften verhandeln. Ihnen wurde mitgeteilt, die verbotene Zone werde erweitert auf einen Zufahrtsweg zum Hospital; die Polizei sicherte den Parlamentariern zu, sie werde die Demonstranten nicht angreifen

und nicht in die Kundgebung auf der anderen Zufahrtsstraße eingreifen. Gleichzeitig rückte die Polizei mit Pferden und Gasgranaten vor. Den Demonstranten gelang es danach, die Ruhe wiederherzustellen. Als aber gegen neun Uhr abends die Ambulanzwagen zum Krankenhaus kamen, um die Basken zur spanischen Präsidentenmaschine auf dem Flughafen zu bringen, und die Menschen lauthals buhten, schoß die Polizei mit Feuerwaffen in die zehntausendköpfige Menge. Drei Menschen starben; der Krankenpfleger Esteban Masse, der Verletzten helfen wollte, wurde durch vier Schüsse schwer verletzt. Es gab mindestens 63 weitere Schwerverletzte. Die Polizei verfolgte stundenlang Demonstranten, die sich in

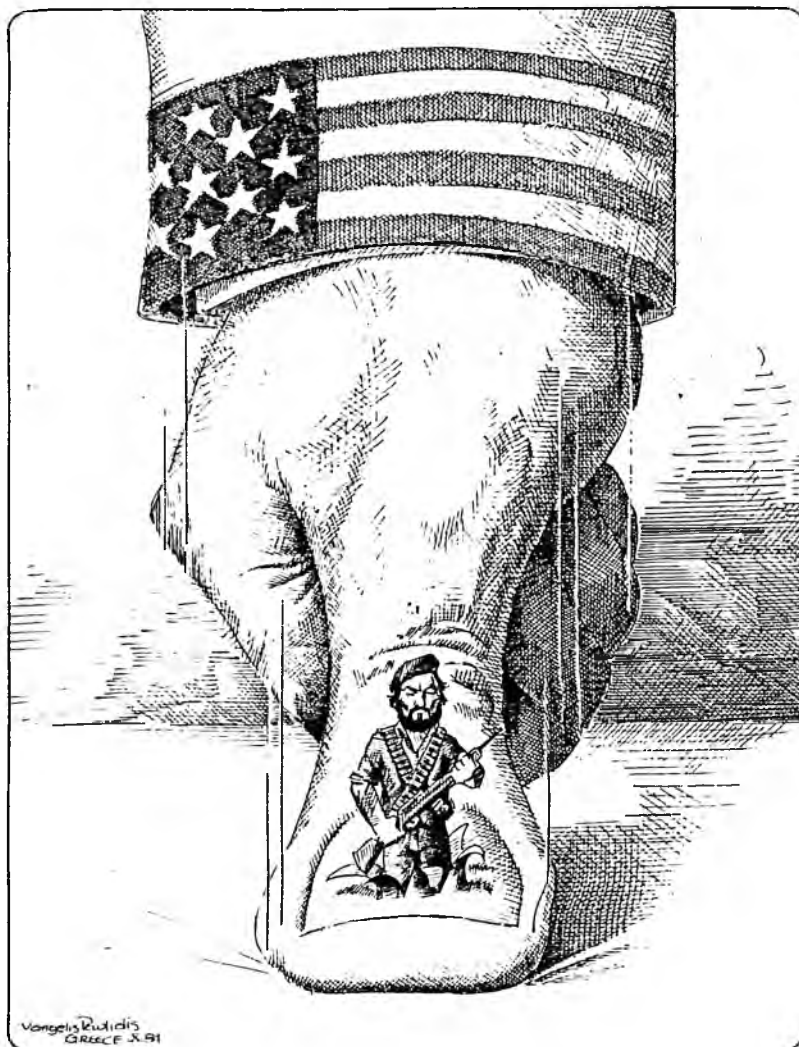
umliegenden Häusern in Sicherheit zu bringen suchten. Einer der Toten hatte an der Demonstration gar nicht teilgenommen, er wurde in seinem Hauseingang erschossen, als er spät nach Hause kam. Am 25. August mittags erklärte Innenminister Angel Maria Gianola, daß die „Operation erfolgreich war“.

Radio Panamericana berichtete die ganze Zeit direkt und rief zur Solidarität mit den Verletzten auf. Nachts erhielten „das Radio der Leute“ (siehe Kasten) und zwei weitere Sender Bombendrohungen. Per Regierungsdekret wurden die Sender am 16. August zunächst für 48 Stunden geschlossen. Radio Panamericana wurde danach die Sendelizenz entzogen. Die Regierung stützt sich dabei auf ein Gesetz der Militärregierung aus dem Jahr 1978.

Am 28. August rief PIT-CNT zum Generalstreik gegen die Polizeigewalt auf. Zur Beerdigung der Erschossenen versammelten sich etwa 100.000 Menschen in den Straßen Montevideos. Tausende protestierten vor Radio Panamericana gegen die Schließung. Die Zentralgewerkschaft verlangt die Untersuchung der Polizeiaktion und den Rücktritt des Innenministers.

Das Vorgehen der Regierung gegen die Gewerkschaftsaktionen und gegen die Radios diene nicht nur der Durchsetzung der Auslieferung der Basken. In Uruguay stehen im November Parlamentswahlen bevor, und die Regierung will mit allen Mitteln die Gefahr einer Niederlage abwenden. In den letzten Jahren hat sich mit „Frente Amplio“ ein linkes Oppositionsbündnis entwickelt, das in seiner Breite von ehemaligen Tupamaros bis in die politische Mitte reicht. Die Organisation eines Radios wie Panamericana zeigt die Kraft dieser Bewegung und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Es gibt heute schon Städte, in denen diese Opposition den Bürgermeister stellt.

Die IG Medien hat am 29. August in einer Presseerklärung und in Briefen an den uruguayischen Präsidenten Lacalle Herrera gegen die Niederschlagung der Gewerkschaftskundgebungen protestiert. Sie unterstützt die Forderungen der uruguayischen Gewerkschaften und fordert die Rücknahme des Sendeverbots für Radio Panamericana. Sie sieht darin einen Eingriff in die Informations- und Pressefreiheit und die Verletzung grundlegender demokratischer Rechte. — (Ulrike Küstler)



Bahnreform: Privatisierung, Personalabbau und Lohnsenkung

Interview mit dem Bahn-Betriebsrat
Kuno Hitz aus Würzburg

Das folgende Interview wurde der Zeitung „nachrichten & standpunkte“, Arbeiterzeitung für die Region Schweinfurt, entnommen.

Der neue Leiter des Bahn-Ladungsverkehrs im Regionalbereich 1 (Ober- und Unterfranken) Helmuth Geßlein erklärte im Zusammenhang mit der Bahnreform: „Alles, was mittel- und langfristig keine Chancen hat, wird von mir gekillt.“ (Schweinfurter Tagblatt, 4.8.). Jetzt hat die Güterabfertigung am Schweinfurter Hauptbahnhof ihre Eigenständigkeit verloren und ist zu einer Zweigstelle von Würzburg degradiert worden. Über die Folgen der Bahnreform sprachen wir mit Betriebsrat Kuno Hitz vom Betriebshof Würzburg.

Welchen Umfang soll der Personalabbau im Zuge der Bahnreform annehmen?

Bis 1996 bzw. 1998 soll die Zahl der Bahnbeschäftigten von noch 340 000 auf 250 000 heruntergefahren werden. Vor allem die Arbeiter im Osten sind massiv betroffen.

Über Aufhebungsverträge soll (ähnlich wie in der Großindustrie) abgebaut werden. Für Beamte ab dem 55. Lebensjahr werden Vorruhestandsverträge angeboten. In Schweinfurt gibt es 100 Lokführer, von denen ca. fünf in Vorruhestand gehen werden. Es ist noch nicht geklärt, ob diese Planstellen wieder besetzt werden. Für die Jüngeren heißt das, daß sie durch diesen Stellenabbau nicht mit einer Beförderung rechnen können.

Sind auch Einkommens Kürzungen geplant?

Das Gehalt der Beamten ist vorerst durch die Reform nicht gefährdet. Sie können zwar jederzeit an einen anderen Ort versetzt werden, ihr Gehalt kann jedoch nicht gekürzt werden. Die Lokführer in Ausbildung werden jedoch nicht mehr verbeamtet. (...) Die Tarifverhandlungen über ihre künftigen Löhne sind noch nicht abgeschlossen. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist da-

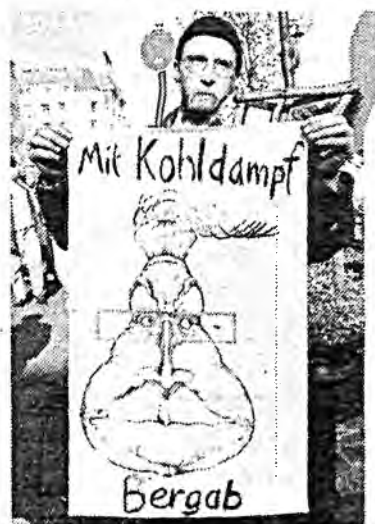
mit zu rechnen, daß sie zwischen 300 und 700 DM weniger im Monat in der Tasche haben werden.

Zu den Auswirkungen ein Beispiel: Im Geschäftsbereich Traktion (Lokführer im Betriebshof Würzburg) sind von den 800 Lokführern auf dem Papier 90 zuviel. Der Geschäftsbereich Netz, der auch für Baustellen zuständig ist, hat 60 Mann als Sicherungsposten angefordert. Die Lokführer sollen eine Kurzausbildung bekommen, die Sicherungsposten der Privatfirmen ablösen und so für den Geschäftsbereich Traktion gewinnbringend eingesetzt werden. Künftige Lokführer ohne Beamtenstatus werden in solchen Fällen mit Lohnkürzungen zu rechnen haben.

Arbeitet die Ortsgruppe Schweinfurt der Eisenbahngewerkschaft im gemeinsamen Interesse mit Gruppierungen zusammen wie z.B. dem Fahrgastverband „Pro Bahn“? Die „Pro Bahn“ Ortsgruppe Schweinfurt fordert unter anderem eine elektrifizierte, zweigleisige Strecke nach Meiningen, finanziert durch den Nichtbau der A 81.

Mir ist von einer Zusammenarbeit mit „Pro Bahn“ bisher nichts bekannt. Zwischen Kissingen und Gemünden gibt es eine Initiative für die Saalebahn. Deren Unterschriftenlisten haben wir auch ausgelegt und unterschrieben. Es geht ja schließlich auch um unsere Arbeitsplätze. Ob damit etwas erreicht wird, weiß ich nicht.

Die politische Lobby ist auf den Autoverkehr ausgerichtet, und jeder Politiker, vom Gemeinderat, Landtagsabgeordneten bis zum Bundestagsabgeordneten spricht zwar vom: „Wir müssen weg vom Individualverkehr und auf die Schiene verlagern“, aber deswegen wird trotzdem die A 81 propagiert. Die Strecke nach Meiningen bleibt eingleisig und wird nicht elektrifiziert. Das sagt ja auch der neue Leiter, H. Geßlein. Auf der Strecke nach Meiningen sollte eigentlich schon längst ein neues Signalsystem eingeführt worden sein (zwischen Ebenhausen und Rentwertshausen). Dieses neue System läßt eigentlich



noch weniger Verkehr zu als bisher, außerdem fallen im Bahnhof Schweinfurt dadurch 14 Arbeitsplätze weg. Dafür sind in Schweinfurt 60 Lokführer ausgebildet worden. Dieses System wurde anfang der 80er Jahre bestellt, ist auch eingebaut worden. In den letzten zwei Jahren sollte es eingeführt werden. Die Signale und die technischen Anlagen sind fertig, doch die Technik funktioniert noch nicht. Einhellige Meinung aller Kollegen ist, daß dieses System ein Rückschritt ist. Von wegen Elektrifizierung oder zweigleisig, im Gegenteil, der Verkehr wird umgelenkt über Bebra und Lichtenfels.

Wie wirkt sich die Privatisierung auf das Personen- und Frachtaufkommen sowie auf die Arbeitsbedingungen aus?

Der Thyssen-Konzern hat sich als erster großer Konzern bei der Bahn eingekauft. Das gesamte Stückgut-Geschäft der Bahn wird demnächst von einer gemeinsamen Tochterfirma von Bahn und Thyssen Haniel Logistic GmbH betrieben, an der beide Firmen 50 % der Anteile halten. Damit entsteht eines der führenden Stückgutunternehmen in Europa mit einem Transportvolumen von 4,75 Mio. Tonnen und einem Umsatz von ca. 2 Mrd. DM. Das neue Unternehmen

wird das gesamte Bahnnetz billig nutzen können, der Firmensitz — Duisburg — dokumentiert, wer bei der „gemeinsamen Tochter“ in Wirklichkeit das Sagen hat und auch die Profite kassieren will. Genauso wie es im geschilderten Fall mit Thyssen beim Stückgut bereits passiert ist, besteht die Gefahr, daß „Billiglohnländer“ (ähnlich wie beim Schwerlastverkehr auf der Straße) verstärkt auch mit Lokomotiven und Besatzung uns unterbieten. Angebote aus Tschechien wurden schon gemacht. Es besteht auch die Gefahr, daß „rentable Züge und Strecken“ privat gekauft und betrieben werden und daß „unrentable“ über Steuern oder höhere Preise finanziert bzw. gleich stillgelegt werden, wie z.B. das „Hofheimerle“. Beim Fahrgastaufkommen sieht es so aus, daß man bessere und billigere Angebote machen müßte, aber die Entlassungen und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten in den Schweinfurter Großbetrieben reißen Löcher ins Fahrgastaufkommen. Unter Eisenbahn- und Autobahnbrücken sieht man Autos von Fahrgemeinschaften stehen, die sich dort treffen, um billiger auf die Arbeit zu kommen. Das wird sich noch verstärken, denn ab 1996 wird der Nahverkehr auf die Länder und Kommunen übertragen. Die wissen bis heute nicht, wie sie das finanzieren sollen. Es ist damit zu rechnen, daß das Angebot noch schlechter und die Preise noch höher werden.

In der jüngsten Zeit kommt es immer wieder zu schweren Unfällen an Eisenbahnbaustellen. Auch das sind Folgen der Privatisierung. Früher machten das Bahnbeschäftigte, jetzt Privatfirmen. Früher waren das meist erfahrene Leute, die aus dem Bautrupps freigestellt wurden. Das heißt die Kollegen kannten sich und hatten ein hohes Verantwortungsgefühl. Wenn man länger beim Bautrupps beschäftigt ist, bekommt man zudem ein Gespür für herannahende Züge. Auch die Springerfrage war geklärt. Die Baustelle blieb nie unbeaufsichtigt. Die Züge werden immer schneller, aber die Warnsignalinstrumente sind noch aus alten Zeiten.



Köln. Der ehemalige Senatspräsident des OVG Münster Erwin Schütz war Mitglied der DVU und der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des eisernen Kreuzes (OdR), „juristischer Berater von Dr. Frey“ und soll zahlreiche Artikel für die Nationalzeitung geschrieben haben, meldet das Blatt. Er soll Verfasser maßgeblicher Kommentare zum Beamtenrecht gewesen sein. — (aus: Antifaschistische Nachrichten)

Essen: Keine Räume für „Rechts- und Linksextremisten“

Essen. Die SPD-Mehrheit und die FDP stimmten in der letzten Sitzung des Essener Stadtrates einem Antrag der CDU zu, nach dem „Rechts- und Linksextremisten“ keine städtischen Räume mehr erhalten sollen.

Damit ist es der CDU gelungen, einen vom Antifaschistischen Forum initiierten und von den Grünen und der SPD getragenen Ratsbeschuß vom Juni zu verdrehen. Er richtete sich gegen die Raumvergabe an faschistische Organisationen, insbesondere an die NPD, die mehrere Landesparteitage in Essen abhalten konnte.

Der Ratsbeschuß gegen „Rechts- und Linksextremisten“ verharmlost faschistische Hetze und rassistische Gewalt. Maßstab für die Raumvergabe soll der Verfassungsschutzbericht des Landes NRW sein. Wie willkürlich dies ist, wird daran deutlich, daß die CDU in der Begründung ihres Antrages auch die PDS und das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel erwähnt.

Nur die Grünen stimmten gegen den Antrag der CDU. Das Antifaschistische Forum forderte die SPD auf, den Be-

schluß zurückzunehmen: „Gerade die SPD sollte aufgrund ihrer eigenen Geschichte ... der ... Gleichsetzung von Links und Rechts ... entgegenreten: Hat sie doch selbst bereits zweimal die Erfahrung machen müssen, als linksextremistische Partei verboten zu werden.“ Die DKP initiierte eine Unterschriftensammlung. — (syb, wof)

Erneut Polizeigewalt gegen Kurden

Frankfurt. Im August traten im gesamten Bundesgebiet kurdische Inhaftierte in einen Hungerstreik, darunter auch in den JVA Butzbach und Frankfurt. Die Gefangenen wollten erneut den Völkermord in Kurdistan durch die türkische Regierung und die Unterstützung durch die deutsche Regierung öffentlich machen. Die Vereinigung der Hessischen Strafverteidiger hat sich für die Verbreitung der Forderungen der Inhaftierten eingesetzt. In Frankfurt wurde die politische Aktion von Kurdinnen und Kurden, die sich zum Teil dem Hungerstreik anschlossen, mit einer Mahnwache vor der Katharinenkirche begleitet. Die Teilnehmer dieses genehmigten Protestes sahen sich am 18. August wie-

HAMBURG

Kürzungen bedrohen psychisch Kranke

Rund 200 Menschen demonstrierten vor dem Rathaus Ende August gegen Haushaltskürzungen, die das Versorgungsangebot für psychisch Kranke bedrohen. Dazu der Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie:

Die Rehabilitation psychisch kranker Menschen wird „nur bedingt von den Krankenkassen und Rentenversicherern geleistet. Rehabilitationseinrichtungen werden in der Regel hier von der Sozialhilfe finanziert.

Betroffene müssen sich bei eigenem Einkommen an den entstehenden Kosten beteiligen. Das kann im Einzelfall der gesamte Einsatz von Einkommen und Vermögen sein. Durch die geplanten Kürzungen werden die Möglichkeiten der Hilfe beschnitten. Die Betroffenen trifft es doppelt.

Die außerklinische gemeindenahere Hilfe für psychisch kranke und behinderte Menschen wird in Hamburg seit

zehn Jahren mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg ausgebaut. Dies geschah in der Einsicht, psychisch kranken Menschen mehr Hilfen außerhalb des Krankenhauses anzubieten. Für viele Betroffene wurde so erst ein Leben außerhalb psychiatrischer Anstalten möglich. Für andere verkürzten sich durch die Hilfen notwendige Krankenhausaufenthalte. (...) Die geplanten Kürzungen bedrohen die erfolgreich aufgebauten Hilfsangebote. (...) Die davon betroffenen Träger der Reha-Einrichtungen, d. h. der Wohnheime, Tagesstätten, der ambulanten Betreuung und Beratung, können die Kürzungen nur durch Streichungen im Personalbereich abfangen.

Das bedroht Arbeitsplätze und verringert die Kapazitäten. Es ist zu befürchten, daß gerade chronisch kranke Menschen wieder mehr auf die Hilfe des Krankenhauses angewiesen sein werden. (...)“

WEINHEIM

Der Widerstand gegen Deckert (NPD) wächst

Seit 1975 sitzt NPD-Volkshetzeckert im Weinheimer Gemeinderat. Immer wieder gab es Protest gegen seine pflegliche Behandlung durch die Stadt. Man solle die „gebetsmühelhaften Forderungen“ lassen, antwortete der SPD-OB.

Diesmal lief's anders: Nach dem Mannheimer Gerichtsurteil umschwärmten TV-Teams und Journalisten die Konstituierung des Gemeinderats. Ein Bündnis rief zum Protest vor der Halle auf und forderte: „Lassen Sie G. Deckert nie wieder den Gemeinderat zu einem Forum für die Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit und Revisionismus machen! (...) Nutzen Sie alle rechtlichen Möglichkeiten, um die Teilnahme von G. Deckert an Sitzungen des Vertretungsorgans der Weinheimer Bürgerschaft soweit irgend möglich zu unterbinden! Geben Sie G. Deckert nie wieder Gelegenheit, das Leugnen von Auschwitz und seinen Antisemitismus und Rassismus in öffentlichen Räumen

in Weinheim zu verbreiten!“ Mit Spruchbändern wurden die Gemeinderäte vor der Halle begrüßt. Nach Verhandlungen mit dem OB konnten sie sogar mit in die Halle genommen werden. Deckert — cholerisch wie immer — versuchte sie abzureißen, vergeblich. Der Gemeinderat beschloß einstimmig eine Resolution, in der es heißt: „Wir werden gemeinsam unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften dafür sorgen, daß Herrn Deckert und seinen politischen Gruppierungen für die Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes in Weinheim keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt werden. (...) Wir werden dem verhängnisvollen Gedankengut und den rechtsradikalen Aktivitäten von Herrn Deckert entschieden Widerstand entgegenzusetzen.“

Der OB rügte Deckert endlich einmal bei jeder Unverschämtheit und entzog ihm schließlich das Wort. Man darf gespannt sein, wie sich das auf der nächsten Sitzung — ohne TV-Teams und Presse — fortsetzt! — (ant)

derum polizeilichen Willkürmaßnahmen ausgesetzt. Die Beamten durchsuchten das Zelt und beschlagnahmten politisches Material. Acht Demonstranten wurden festgenommen. Augenzeugen der Polizeigewalt bestreiten, daß das Material jene Symbole des kurdischen Befreiungskampfes enthielt, die aufgrund des sogenannten „PKK-Verbots“ Polizeibürogriffe rechtfertigen sollen. Polizeisprecher Linker behauptete: „Wir wissen aus früheren Veranstaltungen, daß dort verbotene Symbole gezeigt werden“ (FR 20.8.). Mit solchen Begründungen läßt sich jede politische Aktion von Kurden und Kurdinnen willkürlich verfolgen. — (ola)

Fichtel & Sachs: Werkswache und Feuerwehr ausgegliedert

Schweinfurt. Mit Werkswache und -feuerwehr sind weitere sog. Servicebereiche aus dem Betrieb Schweinfurt der Fichtel & Sachs AG ausgegliedert worden. Sie wurden von Raab & Karcher (R&K) übernommen. R&K ist ein Konzern, der u. a. im Sicherheitsgewerbe tätig ist und z. B. den Werkschutz im Atomkraftwerk Grafenrheinfeld betreibt. R&K gehört zu einem der größten Konzerne der

BRD, der VEBA AG. Es handelt sich also keineswegs um eine wirtschaftliche Dezentralisierung, sondern um einen Vorgang im Rahmen der Neuausrichtung der Konzerne auf ihre Kerngeschäfte.

Für die von der Ausgliederung betroffenen Arbeiter ändern sich weder Arbeitsinhalt noch Arbeitsstelle. Trotzdem werden sie teilweise beträchtliche Verschlechterungen von Entlohnung und Arbeitsbedingungen, z. B. der Arbeitszeit, hinnehmen müssen, weil R&K nicht dem in jeder Beziehung günstigeren Metalltarif, sondern dem Tarif des Bewachungsgewerbes unterliegt. Entsprechend dem beschränkten gesetzlichen Schutz ihrer Ansprüche erhalten die Arbeitnehmer für ein Jahr die alten tariflichen, betrieblichen Bedingungen weitergarantiert. Zur Abmilderung der danach eintretenden Lohnkürzungen wurden zwischen F&S-Geschäftsleitung und -Betriebsrat Abfindungen ausgehandelt. Eine Kostensenkung um ein Drittel soll bei solchen Ausgliederungen in der Regel eintreten, ein weiteres gewichtiges Interesse ist der Entzug des Personals der Werkswache aus der Zuständigkeit des F&S-Betriebsrats. (aus: „nachrichten & standpunkte“)

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ein Drittel der Obdachlosen sind Kinder

Ein Drittel aller Wohnungslosen in Schleswig-Holstein sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren — zu diesem erschreckenden Ergebnis kommt eine jetzt vorliegende Untersuchung, die das Sozialministerium in Kiel als Antwort auf einen Berichtsauftrag des Landtages vor rund einem Jahr bei der Bemer Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung in Auftrag gab.

Das Forschungsinstitut, das darin Datenmaterial aus dem Jahre 1992 auswertete, konnte Ende 1992 rund 80000 akute Wohnungsnotfälle im nördlichsten Bundesland verzeichnen. Bei den alleinstehenden Wohnungslosen dominiert zwar der Anteil der Männer, der Anteil der Frauen hat sich während der letzten zehn Jahre jedoch verdreifacht. Die Obdachlosigkeit betrifft nicht mehr nur die Randschichten der Gesellschaft; Zunehmend befinden sich auch Personen mit einer guten Ausbildung unter den Wohnungslosen.

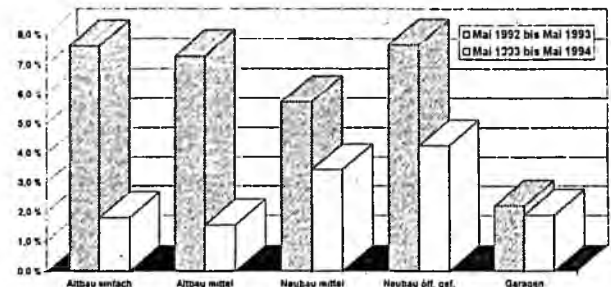
Da es an geeignetem Wohnraum mangelt, werden mittlerweile auch teure Plätze in sozialen Einrichtungen zur Unterbringung Obdachloser genutzt. Dies führe dazu, so die Studie, daß Klienten von Frauenhäusern, Psychiatrien, Jugendheimen und Einrichtungen für Haftentlassene und Suchtkranke abgewiesen werden.

Die Gutachter kommen zu dem Schluß, daß die Notunterbringungssysteme keine Lösung gegen die akute Wohnungsnot sind. Schwerpunkt muß ihrer Meinung nach die Erweiterung des Gesamtbestandes öffentlich geförderter Mietwohnungen sein, verstärkt müßten auch soziale Mietwohnungen für Ein-Personen-Haushalte gebaut werden. Die Studie, die auch feststellt,

daß Obdachlose in der Regel von Zuwendungen der Sozialämter und Arbeitsämter leben, läßt allerdings unerwähnt, daß soziale Mietwohnungen für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten erschwinglich sein müssen. In diesem Punkt genau übt der Mieterbund scharfe Kritik an der Landesregierung in Kiel. Mit Mietsteigerungsraten von 7,7% im Zeitraum 1992/93 und 4,3% in 1993/94 lägen die öffentlich geförderten gegenüber den freifinanzierten Wohnungen an der Spitze.

„Damit ist die Landesregierung Mietpreistreiber Nr. 1 in Schleswig-Holstein und hat sich ihrer sozialen Verantwortung vollends entzogen. Die Kritik des Mieterbundes fällt umso heftiger aus, als der öffentlich-geförderte soziale Wohnungsbau in Schleswig-Holstein der teuerste im gesamten Bundesgebiet ist und die Landesregierung keinerlei erkennbare Anstrengungen unternimmt, um von diesem hohen Gefüge herunterzukommen, und zwar in einem Land, dessen Bruttoeinkommen unter den westlichen Bundesländern am Schluß der Skala liegen“, heißt es in einer Mitteilung der Mieterorganisation. „Der DMB Landesverband Schleswig-Holstein e.V. fordert die Landesregierung daher zum wiederholten Male auf, nicht noch weiter an der Preisschraube im sozialen Wohnungsbau zu drehen, sondern dafür zu sorgen, daß Schleswig-Holstein's Sozialwohnungen wieder für die breiten Schichten der Bevölkerung erschwinglich werden, wie es das II. Wohnungsbaugesetz ausdrücklich vorschreibt.“

Quelle: Bericht zur Situation Wohnungsloser in S.-H. vom 14.7.94 und Pressemitteilung des DMB vom 14.7., aus: „Lokalberichte Kiel“ Nr. 16/94 vom 29. Juli 1994 — (bam)



Schulamt will Schulen in der Region schließen

Konstanz Püntlich zum Beginn des neuen Schuljahres hat der Leiter des für den Landkreis Konstanz zuständigen Staatlichen Schulamts, Ewald Schnitzler, Pläne ventiliert, nach denen einige Hauptschulen im Kreis dicht gemacht werden sollen. Der Grund: Wachsenden Schülerzahlen stehen zu wenig Lehrkräfte gegenüber, Konsequenz der jahrelangen Ausdünnungspolitik des Landes. Am schlechtesten ist es um die Lehrqualität bei den Grund- und Hauptschulen bestellt: Trotz eines Anstiegs von 13500 Schülerinnen und Schülern im Jahr 1993 auf 14400 in diesem Jahr gibt es 270 Unterrichtsstunden weniger. Außerdem steigen die Klassengrößen. Bei den Realschulen sind die Verhältnisse nicht viel besser: Von 3980 auf 4140 ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler gewachsen, die Unterrichtsstundenzahl leicht gesunken. Auch die Gymnasien kommen nicht gut weg: 610 Schülerinnen und Schüler 1994 gegenüber 566 im letzten Jahr müssen ebenfalls mit weniger Schulstunden auskommen.

Jetzt plant das Schulamt die Schlie-

ßung von kleinen Hauptschulen in Landgemeinden. Das Ergebnis: die Bildungsqualität sinkt, und zwar vor allem an den Hauptschulen, die sowieso immer mehr zu Bewahranstalten verkommen, an denen kein Mensch mehr etwas Vernünftiges lernen kann. Das, so darf vermutet werden, ist durchaus bezweckt: das Profitsystem braucht eben ganz unten Hilfskräfte, bei denen Denken nur lästig wäre. — (jüg)

110 000 Unterschriften gegen Gen-Lebensmittel

Augsburg. Mehr als 110000 Menschen haben in Bayern mit ihrer Unterschrift gegen den Einsatz der Gentechnologie bei Lebensmitteln protestiert. Damit soll auf Lebensmittelhersteller und Politiker Druck ausgeübt werden, auf die Anwendung gentechnischer Verfahren bei der Herstellung von Nahrungsmitteln zu verzichten. Der EU-Ministerrat wird im Herbst über die Zulassung und Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel in der Europäischen Union entscheiden. Bis dahin läuft die von Bioland initiierte Aktion. (Quelle: „Bioland“, Stadthägerstr. 15, Augsburg)

Der eigentliche Polizeiskandal

Die Ermittlungsintensität ist abhängig von der Opfergruppe

Das Vorgehen der Berliner Polizeiführung gegen einen Kreuzberger Polizeizug war effektiv inszeniert: Bekanntgabe von vorläufigen Festnahmen, Durchsuchungen von Diensträumen und Wohnungen, Auflösung des Bereitschaftszuges, ein Gemisch von verschiedenen Vorwürfen (Körperverletzung im Amt, illegaler Zigarettenhandel, Strafvereitelung), Suspendierung von 10 Beamten. Berichterstatter in den Medien sprachen von einem „Befreiungsschlag“ der Polizeiführung. Da ist etwas dran. Die Berliner Polizei wird seit letztem Jahr immer öfter beschuldigt, vor allem ausländische Menschen bei Festnahmen zu mißhandeln. Darauf geht jetzt sogar der Jahresbericht 1994 von *amnesty international* ein. *ai* erhielt „1993 von deutlich mehr Berichten über Mißhandlungen durch Polizeibeamte Kenntnis“, gerade auch aus Berlin.

Doch der jüngste Fall, als Paradebeispiel konsequenter Ahndung polizeilicher Übergriffe präsentiert, greift die ausländerfeindlichen Tendenzen in der Polizei gerade nicht an. Erschreckend ist eher, wie offensichtlich operativ unterschiedlich ermittelt wird.

Auslöser der Ermittlungen gegen die Kreuzberger Polizisten war der Verdacht, daß sie im Mai drei festgenommene Skinheads mißhandelt haben. Mit der Festnahme hatten die Polizisten offenbar erfolgreich einen Überfall auf einen pakistanischen Mann verhindert. Ob gegen die Skinheads ein Verfahren eingeleitet wurde, ist nicht bekannt. Die Skins erstatteten jedenfalls keine Anzeige wegen Mißhandlung. Trotzdem muß sich irgendwo im Polizeiapparat ein ungewöhnlich starkes Ermittlungsinteresse entwickelt haben. Im Juli wurde eine interne, verdeckte Untersuchung eingeleitet. Die Beamten wurden observiert. Erst dadurch ergaben sich

weitere Vorwürfe. So ist innerhalb der Beobachtungszeit auch ein rumänischer Festgenommener mißhandelt worden. Anfang August sprachen offenbar die Ermittler mit den Skins ab, daß diese jetzt Anzeige stellen sollten. Damit wurden Durchsuchungen am 17.8. eingeleitet, die weitere Beschuldigungen erbrachten: Polizisten hätten private, brutale Schlagwerkzeuge eingesetzt, sich geschmuggelte Zigaretten verschafft und Anzeigen zurückgehalten. Ausdrücklich erklärt der ermittelnde Staatsanwalt, daß es keine Hinweise

auf gezieltes ausländerfeindliches Verhalten gäbe.

Über die Unverfrorenheit, mit der sich die Berliner Polizei und die Innenbehörde gerade über diesen Fall reinwaschen wollen, empört sich das Bündnis 90/Grüne zu recht: „Wenn Polizisten Skinheads verprügeln, dann wird sofort ermittelt, und die beschuldigten Beamten werden vom Dienst suspendiert. Das ist richtig so, schließlich haben Polizisten nicht herumzuprügeln. Verprügeln sie aber Vietnamesen, so geschieht wochenlang nichts und die be-

schuldigten Beamten bleiben im Dienst.“

Seit Ende Juni wird in 51 Fällen wegen Übergriffen von Polizisten gegen vietnamesische Zigarettenhändler ermittelt. Erst mit Unterstützung von antirassistischen Initiativen und der Berichterstattung in der Presse waren Untersuchungen in Gang gekommen. Im Juli erklärte die Justizsenatorin, daß es keine Hinweise gebe, daß die ausführlichen Gedächtnisprotokolle der vietnamesischen Opfer übertrieben seien. Gegen mindestens zwei Polizisten ist Anklage erhoben worden. Im Herbst soll der Prozeß beginnen. Anders als in ähnlichen Fällen in Bernau (Brandenburg) und dem aktuellen Vorgehen hat Innenminister Heckelmann keine Suspendierungen verfügt. Über den Fortgang der Ermittlungen dringt nun nichts mehr in die Öffentlichkeit.

Im Innenausschuß wird Heckelmann am 5. September zu den unterschiedlichen Vorgehensweisen Stellung beziehen müssen. Mit seinen lange gepflegten Lieblingsthemen „Asylmißbrauch“ und „Ausländerkriminalität“ (insbesondere „Hütchenspieler“) förderte er eine ausländerfeindliche Ausrichtung der Berliner Polizei. Vor Monaten gab Heckelmann seinen Polizeibeamten direkt uneingeschränkte Rückendeckung: „Beschuldigte Ausländer erheben in zunehmendem Maße bei an sich gerechtfertigtem Einschreiten der Polizeibeamten den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, um die Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahme in Zweifel zu ziehen“ (Freitag, 26.8.). Bündnis 90/Grüne: „Von der Schönrederei des Innensensors, der nie etwas von polizeilichen Übergriffen wissen will, haben wir genug. Wir fordern ihn dringend auf, entsprechenden Vorwürfen unabhängig von den Opfergruppen unverzüglich und konsequent nachzugehen.“ — (ard)



Nicht zimperlich ist die Berliner Polizei, wenn es um Demonstrationsteilnehmer aus dem sogenannten linken Spektrum handelt. Auch die schweren Vorwürfe wegen Mißhandlung von Vietnamesen haben bisher nur zu „Ermittlungen“ geführt. Bild: af/mz

Kein zentrales Landesschulamt!

Gegen Abbau bezirklicher Selbstverwaltung

Der Berliner Senat will im Zuge der „Verwaltungsreform“ alle bezirklichen Schulämter abschaffen und stattdessen ein zentrales Landesschulamt errichten.

„Landesschulamt — Schule in erweiterter Verantwortung“ gehöre als Begriffspaar zusammen, so Schulsenator Klemann auf der Pressekonferenz zu Beginn des neuen Schuljahres, das Landesschulamt schmachhaft machend (die Kröte für die SPD schluckfähig präparierend), auf der er im Gegenzug mehr Autonomie für die Einzelschule versprach.

Es ist ein Prozeß „von Nehmen und Geben“, hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Dietmar Staffelt, den Deal — Verzicht der Senatsschulverwaltung auf Kitagruppen mit 22 Kindern, dafür Einrichtung eines Landesschulamtes — interpretiert: Die inhaltlich-pädagogischen Fragen nimmt das Landesamt in seine Verantwortung, gibt den StadträtInnen für Bildung in den Bezirken die Zuständigkeit für organisatorische Angelegenheiten und bürdet den einzelnen Schulen den Rest der Probleme auf.

Seit Wochen geistert die Einrichtung eines Landesschulamtes durch die Presse und ist in fast aller Munde. Ein seit langen Jahren von der CDU gehegter Wunsch wird zu Beginn der Haushaltsberatungen für den ohnehin äußerst problematischen Doppelhaushalt des

Landes und die Globalhaushalte der Bezirke für 95/96 in die Debatte gebracht und soll nun, als Sparmaßnahme verschleiert, verwirklicht werden.

25% der Schulaufsichtsstellen sollen überflüssig werden. Ist die erste Freude darüber veriraucht, stellen sich Fragen, wie z.B.: Wird den Schulräten fristlos gekündigt, oder werden sie vorzeitig in Pension geschickt? Was kostet dagegen die Einrichtung einer solchen Mammutbehörde mit den vielen höher dotierten Stellen, die dort eingerichtet werden? Oder beabsichtigt der Senat ab 1.1.95 Einsparungen durch Kündigungen bei LehrerInnen und ErzieherInnen wegen mangelnden Bedarfs, die durch ein Landesschulamt sicherlich leichter durchsetzbar wären? Das Versprechen, außer der Erhöhung der Arbeitszeit habe der Bereich Bildung in dieser Legislaturperiode keine Einsparungen zu erbringen, ist sowieso schon viele Male gebrochen worden.

Widerstand regt sich bei StadträtInnen, BürgermeisterInnen, Gewerkschaften, den Parteien PDS und Bündnis 90/Die Grünen und ihren Fraktionen im Abgeordnetenhaus.

Was wird sich für LehrerInnen, SchülerInnen, ErzieherInnen und Eltern durch die Einrichtung einer zentralen Mammutbehörde mit 40000 LehrerInnen und ErzieherInnen ändern? Bezirkliche Anlaufstellen, um pädagogische Probleme einzubringen und zu lösen, fallen weg. Sie können zwar noch die

Sprechstunde des Schulrats besuchen, doch dieser ist weisungsgebunden an die zentrale Behörde und kann keine schnellen, durch Bezirkskenntnisse untermauerten Entscheidungen mehr treffen. Die Gremien nach dem Schulverfassungsgesetz (SVG) — Bezirksschulbeirat, Bezirksselternausschuß, Bezirkslehrerausschuß, Bezirksschülerausschuß — können zwar tagen und beraten, haben jedoch keinerlei Echo und Wirkung mehr in Bezug auf pädagogische Maßnahmen. Die Personalvertretungen für LehrerInnen und ErzieherInnen werden ebenfalls beim Landesschulamt zentralisiert werden.

Ein Landesschulamt und seine Bediensteten werden nach und nach den Bezug zum Bezirk und zur einzelnen Schule verlieren. Grundsätzlich bedeutet die Einrichtung eines Landesschulamtes eine neue Aufgabenteilung zwischen dem Land (Senat), den Bezirken und den Schulen. Ziel dieser Einrichtung ist die Möglichkeit des ideologischen/inhaltlich-pädagogischen Durchgriffs der Zentralbehörde auf jede einzelne Schule. Bis auf kurze Zeiten eines FDP-Senators sowie einer grünen Senatorin gehörte der Schulsenator immer der CDU an!

Das erst kürzlich im Abgeordnetenhaus beschlossene Verwaltungsreformgesetz hat Ansätze zur Stärkung der bezirklichen Selbstverwaltung festgelegt, denen die Bildung eines zentralen Landesschulamtes entgegensteht.

Die PDS-Fraktion setzt sich seit Beginn der Legislaturperiode für die Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Bezirke ein und hat ein entsprechendes Bezirksverwaltungsgesetz vorgelegt, in dem das Schulwesen als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung der Bezirke enthalten ist.

Die Schaffung eines Landesschulamtes würde die bisherigen Kompetenzen der Bezirke erheblich beschneiden. Dabei werden Inhalt und Form von Bildung auseinanderdividiert werden. Die Trennung pädagogischer Inhalte von organisatorischer Form macht konzeptionelles bildungspolitisches Handeln in den Bezirken unmöglich. Ist das Schulamt erst einmal eingerichtet, wird man es sicherlich nicht mehr so schnell loswerden, und es zieht möglicherweise weitere Landesämter nach sich.

Demokratie ginge dabei nicht verloren, sagt Senator Klemann. Aber Herr Senator Klemann kann ja nur verlieren, was er hat!

— (Sigrun Steinborn, Mitglied der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und bildungspolitische Sprecherin)

Nachtrag: Die PDS-Fraktion hat einen Antrag im Abgeordnetenhaus eingebracht, in welchem sie die Rücknahme des Senatsbeschlusses zur Schaffung eines zentralen Landesschulamtes fordert.

Das Thema ist mir über, ein Jahrhundertthema zwar, aber es langweilt mich inzwischen. Zunächst, in der Wende-Offenheit, -Offenbarung und -Öffentlichkeit, beeindruckte mich die subtile Reflexion. Der öffentliche Diskurs, der uns überkam und den ich reichlich euphorisch mittrug, bewegte mich; wir hatten zu wenig davon gehabt und ihn erhofft.

Inzwischen scheint mir alles gesagt, alles Kluge, Richtige, Tiefgründige, Philosophische, Ethische, Realistische – und der Rest ist Schwafeln. Überirdischer Dunst und Bodennebel. Ideologische Streitsüchteleien und Mißbrauch des Themas durch Mächtige. Übergriffe auf Schwächere. Überfälle auf die einsame Schwangere bei hellerlichem Bundestag. Dieser fürchterliche Schein, es ginge wirklich um Leben, Kind, Frau und Mann, Partnerschaft, Familie, Liebe, Freundlichkeit – Heiligschein, Feuerschein, Geldschein.

Zweierlei sehe ich:

Auf der einen Seite der Glaube an das Übernatürliche, das alles schon richten wird, flankiert von der Beschwörung des Natürlichen, über das niemand richten darf. Beides empfinde ich als Mystifizierung des Lebens und dessen Verohnmächtigung. Das Lebensschützerfest mag ich nicht feiern. Die Irrationalismen, die sich pandemisch ausbreiten, sind mir peinlich. Unterflächlicher Sektenkult, oberflächliche Horoskope und all der andere Humbug, der nun Alltagskost für die ausgehungerten Ostdeutschen ist.

Auf der anderen Seite das wirkliche Geschehen. Der Rückgang der ostdeutschen Geburtenrate seit 1990, der den in den beiden Weltkriegen übertrifft (höchste Raten: 1916 auf 1915: 24%; 1942 auf 1941: 19%, 1991 auf 1990: 40%; 1992 auf 1991 nochmals 19%). Ein Rückgang der Zahl der Abbrüche, aber eine Erhöhung der Abbruchquote von 3:1 auf 2:1 und damit verbunden eine Zunahme des Anteils unerwünschter an allen Schwangerschaften. Die Zunahme von Sterilisationen. Alles mit dem Motiv: nur ja kein Kind (jetzt oder überhaupt).

Dabei war doch eigentlich alles ganz einfach: über das Thema diskutieren: ja. Eltern und Kinder unterstützen: ja. Den § 218 streichen: ja.

Welche Einstellung haben die Ostdeutschen gegenwärtig zum § 218?

Dazu liegen neue Daten vor (Tabelle)*. Sie entstammen einer repräsentativen Bürgerbefragung in Sachsen, die von uns im Oktober und November 1993 unter 976 16-70-jährigen durchgeführt wurde. Innerhalb einer Indikatorbatte-

rie, die Erwartungen an einen neu gewählten Bundestag zum Inhalt hatte, war auch der § 218 vertreten.

Nach wie vor ist die Mehrheit der Bevölkerung für die Streichung des § 218 und richtet entsprechende Erwartungen an die Politiker (52% sehr stark, 66% sehr stark und stark). Doch hat sich inzwischen ein starker Gegenpol gebildet, der diese Streichung nicht will bzw. mit der gegenwärtigen Regierungspolitik einverstanden ist (16%). Dies ist neu. In keiner unserer bisherigen Untersuchungen war der Anteil der Befürworter des § 218 so groß. Bemerkenswert ist auch der Mittelgipfel: die mehr oder weniger Unentschiedenen (15%).

Zwischen den beiden Geschlechtergruppen finden sich nur äußerst geringe Unterschiede: Frauen (54%) erwarten zwar etwas häufiger sehr stark, daß der neue Bundestag den Paragraphen streichen möge, als Männer (52%, nicht signifikant), aber der Gegenpol der Befürworter des § 218 ist bei Männern wie Frauen gleichermaßen mit 16% besetzt. Dies ist ein bekanntes Phänomen bei

dagegen. Ältere Menschen sind seltener für die Streichung (60 Jahre und älter: 40%), und von ihnen sind auch mehr dagegen (22%); möglicherweise haben sie ihre speziellen Erfahrungen mit Abbrüchen.

Diejenigen, die in einer Lebensgemeinschaft (63%) leben oder ledig sind (58%), fordern häufiger die Streichung des § 218. Wer keine Kinder (56%) hat, will den Paragraphen eher gestrichen sehen als der Vater oder die Mutter von mehr als zwei Kindern (44%). Letztere sind auch häufiger gegen eine Streichung (20% – Kinderlose: 11%).

In den Großstädten wird häufiger für die Streichung plädiert (Leipzig 70%, Chemnitz 68%, Dresden 61%) als in den kleineren Städten (48%) und auf dem flachen Land (38%).

Studenten (71%), Befragte mit Hochschulabschluß (60%) und Schüler (59%) sind häufiger für die Streichung und auch seltener dagegen: 6% der Schüler, 8% der Studenten und 14% der Befragten mit Hochschulabschluß. Insgesamt sind Intellektuelle häufiger für die Ab-

schen in die westdeutsche Güte verflieg, relativierte sich dieses Meinungsbild rasch. Bereits 1991 waren in unserer Untersuchung *Jugend in der Stadt Leipzig* nur noch 8% nicht dafür, daß allein die Schwangere selbst über Abbruch oder Fortsetzung der Schwangerschaft entscheiden sollte. Bei den Studenten waren das nur 3%, bei den erwachsenen Berufstätigen 2%.

Doch auch dabei ist es nicht geblieben. Denn die Lebenssituation der Menschen hat sich weiter verändert. Sie hat sich teilweise stabilisiert, und sie hat sich vor allem differenziert. Die einen sind in und die anderen out. Die einen werden immer reicher und die anderen immer ärmer. Die Lebensperspektiven insbesondere der Jüngeren haben sich verbreitert; Chancen, aber auch Risiken nehmen zu. Die Interessenlage wird unterschiedlich, teilweise gegensätzlich.

Wir beobachten in der Jugendforschung insbesondere bei den in das einheitliche Deutschland hineinwachsenden Generationen eine fortschreitende Differenzierung, verbunden mit Extremisierung und Polarisierung. Die U-förmigen Antwortverteilungen der Tabelle veranschaulichen diesen Prozeß gut, und er wird sich fortsetzen. Das einst ziemlich homogene Partner- und Sexualverhalten wird davon nicht ausgenommen sein.

Ältere Bürger wiederum scheinen das Bedürfnis zu haben, in Ruhe und Ordnung, und das heißt auch in Einklang mit ihrer Regierung und deren Gesetzen, zu leben. Und diejenigen, die behördlich in die neuen Verhältnisse eingebunden sind und sich folglich der ihnen abverlangten Loyalität gegenüber der Staatsmacht fügen, leisten sich ohnehin seltener ein Andersdenken. Was gut tut, das ist wohlgetan, und sei es der größte Unsinn.

Also müssen die 16% klare Befürworter des § 218 nicht verwundern, eher die 52%, die eindeutig dagegen sind. Der § 218 ist weiter im Ostwind. Ob dieser Westparagraph schließlich hinweggeweht wird, wird allerdings vom Westwind abhängen.

Prof. Dr. Kurt Starke ist Vorsitzender der Gesellschaft für Sexualwissenschaft e.V. und Leiter der Leipziger Forschungsstelle Partner- und Sexualforschung.

** Auf die Abbildung der Tabelle und entsprechende Hinweise in Klammern wurde verzichtet, da die Ergebnisse im Text gut nachvollziehbar sind – (d. Red.)*

§ 218 im Ostwind?

Von Prof. Dr. Kurt Starke

Untersuchungen zum Thema Schwangerschaftsabbruch und Gesetzgebung: Keineswegs sind mehr Männer als Frauen für eine rigide, frauenentmündigende Abtreibungspolitik, auch wenn der Diskurs im Bundestag diesen Eindruck entstehen läßt.

Nach der Parteienpräferenz lassen sich allerdings Unterschiede belegen. Erwartungsgemäß wollen vor allem PDS-Wähler die Streichung des § 218 (71%), aber auch von ihnen sind 17% dagegen. Häufiger als der Durchschnitt setzen sich auch die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen (59%) für die Streichung des 218 ein. Interessanterweise sind selbst ein Drittel der CDU-Wähler für die Streichung, 15% dagegen. Besonders kraß sind die Meinungsverschiedenheiten der SPD-Wähler: Fast die Hälfte wollen den 218 unter allen Umständen gestrichen sehen (48%), fast ein Viertel ist absolut gegen die Streichung (22%). Jüngere Leute, insbesondere die 20- bis 29-jährigen (64%), plädieren häufiger für die Abschaffung des Paragraphen – aber auch von ihnen sind 14%

schaftung des Paragraphen. Soweit die empirischen Befunde.

Wie ordnen sie sich in bisherige Ergebnisse ein, und welche Botschaft vermitteln sie?

In der Einigungsvorfreude des Jahres 1990 schnellte die Zahl derjenigen hoch, die sich schnell von allem DDR-Eigenen trennen wollten. Obwohl die liberale Fristenregelung nicht gerade zu den leicht verzichtbaren Altlasten gehörte, war selbst sie davon nicht ausgenommen.

In einer DDR-repräsentativen Umfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung im April 1990 sagten 12% der Befragten (männlich = weiblich), daß das in der DDR gültige Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch abgeschafft werden solle. Darunter waren insbesondere CDU-Wähler, Religiöse, sehr Alte und sehr Junge, weniger Gebildete und jene, die alles in der alten BRD für besser und sofort übernehmbar hielten. 11% enthielten sich der Meinung und warteten erst einmal ab. In dem Maße, wie das naive Vertrauen der Ostdeut-

ber vorgesehene Zwischenbilanz soll als Grundlage für weitere haustarifliche Regelungen dienen. Die „Gehälteraffäre“ wird auch ein parlamentarisches Nachspiel haben, da in diesem Zusammenhang auffiel, daß im Aufsichtsrat ausschließlich CDU-Vertreter des Stadtparlamentes sitzen – was nun wirklich nicht mehr den parteipolitischen Mehrheiten entspricht. – (har)

Bürgermeister wieder im Amt

Königstein/Dresden. Unter Berufung auf das sächsische Kommunalwahlgesetz wurde der Königsteiner Bürgermeister Maiwald am 1. August amtsenthoben. Maiwald war trotz Stasivorwürfe mit 2/3-Mehrheit bei den Kommunalwahlen bestätigt worden (vgl. *Politische Berichte* 16/94). Letzten Freitag entschied das Verwaltungsgericht Dresden. Es sieht die Amtsenthebung als rechtswidrigen Akt an und setzte dem zuständigen Landratsamt Pirna eine Frist von zwei Tagen, um die Amtsenthebung aufzuheben. Vor dem Gericht demonstrierten Mitglieder der Bürgerinitiative Königstein. – (har)

Strafanzeigen gegen Kohl wegen Beleidigung

Mehrere PDS-Gliederungen, darunter der Landesverband Sachsen-Anhalt sowie die Dresdner PDS, haben Strafanzeige gegen den Bundeskanzler wegen Beleidigung und übler Nachrede erstattet. Kohl hatte am 24.8. in Frankfurt/Oder sowie am 28.8. in Dortmund PDS-Mitglieder u.a. als „kommunistischer Pöbel“ und „rotlackierte Faschisten“ beschimpft. Anlaß für Kohls Entgleisungen in Frankfurt/Oder waren 4000 „unartige“ zu nur 2000 „artige“ Zuhörer auf einer CDU-Wahlkampfkundgebung, die mit Trillerpfeifen und Sprechchören ihre Gegnerschaft zu seiner Politik zum Ausdruck brachten. „Mir imponiert dieses Geschrei überhaupt nicht!“ ruft Kohl und dröhnt dem „kommunistischen Pöbel“, wer hier das Sagen hat: „Die Mikrophone sind in Ordnung, wenn es not tut, machen wir noch ein bißchen mehr Saft drauf!“ ... „Den kommunistisch-faschistischen Terror werden wir nicht dulden!“ (alle Zitate aus *Der Tagesspiegel* v. 26.8.94)

Während man als Bundeskanzler of-

fenbar sehr locker mit dem Begriff „faschistisch“ umgehen darf, brachte der Vergleich BRD – Drittes Reich einem Flugblattverteiler in Berlin eine Geldstrafe von 1600 Mark ein. – (har)

Bundeswehrpläne „abschießen“

Mecklenburg-Vorpommern. Ein Drittel von 18000 Tiefflugstunden absolviert die Bundeswehr inzwischen über dem Territorium der fünf ostdeutschen Länder, seit Anfang August auch über Mecklenburg-Vorpommern. In nur 300 bis 450 Meter Höhe donnern die Kampfmaschinen über die Landschaft hinweg, ohne Rücksicht auf Wohn- oder Naturschutzgebiete. Ab 1. Januar 95 sollen Nachtflüge hinzukommen. Auf Initiative des Unabhängigen Instituts für Umweltforschung hat sich eine landesweite Protestbewegung gebildet, der sich Umweltverbände, Parteien, Städte- und Gemeindeverwaltungen angeschlossen haben. Ihre Forderung: Ersatzlose Streichung aller im Land Mecklenburg-Vorpommern vorgesehenen Tiefflüge! – (har)

Streikdrohung führte zum Erfolg

Frankfurt/Oder. Mitte August beschloß der Aufsichtsrat der Frankfurter Stadtverkehrsgesellschaft zweierlei: 1. die Entlassung von 29 Arbeitern (fast 10% der Belegschaft) bis Jahresende und 2. die Erhöhung der Gehälter der beiden Geschäftsführer um je 4000 Mark. Die ÖTV machte die Beschlüsse öffentlich; die Empörung war groß. Die Geschäftsführung hatte sich nämlich seit Anfang des Jahres geweigert, in Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung bzw. sozialverträglichen Personalabbau zu treten. Oberbürgermeister Pohl sah sich gezwungen, die Beschlüsse vorläufig auszusetzen. Die ÖTV drohte mit Arbeitskampf. Auf einer Betriebsversammlung am 24.8. sicherte die Geschäftsführung die Aufnahme von Verhandlungen zu. Diese haben inzwischen stattgefunden. Das Ergebnis sieht vor einen bis Mitte Oktober befristeten Stopp betriebsbedingter Kündigungen, innerbetriebliche Umsetzungen und Qualifizierung bei gleichzeitigem Einstellungsstopp sowie attraktive Abfindungsregelungen. Eine für Mitte Okto-

Völkische Gemeinsamkeiten

Martin Bennhold über deutsche und türkische Außenpolitik und ihre Gemeinsamkeiten

Die folgenden Thesen sind Anfang des Jahres im Rahmen eines Seminars in den Räumen der Evangelischen Akademie Hamburg vorgetragen worden.

Heute hat sich die Situation in Kurdistan weiter verschärft.

- Die Aktionen der Todesschwadronen haben weiter zugenommen.
- Die Zahl zerstörter bzw. entvölkerter Dörfer hat sich rasch erhöht: die Rate der Zerstörungen pro Monat lag in diesem Jahr noch höher als im katastrophalen Zerstörungsjahr 1993 (923 Dörfer!).

- Die weitere Verschärfung und Brutalisierung der Mittel der Kriegsführung durch das Militär war am 17. Mai 1994 von Generalstabschef Dogan Güres vor der Presse angekündigt worden: „Der Staat hat noch sehr viele Mittel, die er noch nicht angewendet hat. Wenn es nötig sein wird, werden wir sie auch einsetzen.“ Und inzwischen gibt es begründeten Verdacht, daß bereits chemische Massenmord-Substanzen eingesetzt worden sind (so das in London ansässige Kurdistan-Human-Rights-Project).

- Die Verfolgung von Organisationen, die die Rechte der Kurden unterstützen, hat inzwischen die höchsten Ränge der Staatlichkeit erreicht: Unter Verfassungsbruch wurden im März Parlamentarier, vor allem der DEP, verhaftet und mißhandelt; sie stehen seit Wochen wegen Hochverrats vor dem Sondergericht.

- Infolge des verschärften Bürgerkriegs wird die ökonomische Lage im Land immer prekärer, politisch desgleichen die staatlichen Strukturen in ihrem Verhältnis zu militärischen und geheimdienstlichen Gewaltorganisationen. „Das Land ist ruiniert und hat keine Perspektiven“, heißt es lapidar in der Militärzeitschrift *Europäische Sicherheit* (vom Juni 1994).

Die BRD unterstützt nicht nur militärisch die Türkische Republik und deren Kriegsführung aufs massivste, sondern auch durch Verfolgungsmaßnahmen in der Bundesrepublik selbst. Es scheint, die Bundesregierung fürchtet politische Lösungen — so vorgeschlagen von kurdischer Seite mehrfach seit März 1994 — noch weit mehr als die Fortsetzung des Kriegs. Dann hätte es eine Logik, daß Halim Dener Ende Juni in Hannover ausgerechnet beim Kleben von Plakaten erschossen worden ist, die jene politischen Lösungen ansprachen; und daß am 18. August die Polizei in Bonn mit besonderer Brutalität die — nicht verbotene — Fahrrad-Demonstration kurdischer Jugendlicher angegriffen hat, deren Ziel Genf war, die dortige Tagung

der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen am 27. August.

Und dann hätte es auch seine Logik, daß von höchster Regierungsseite aus Bundesminister Kanther alsbald die Polizei für diesen Angriff ausdrücklich gelobt hat.

Die Lage hat sich in Kurdistan verschärft; im Zusammenhang damit verschärft die Bundesregierung auch die innenpolitische Lage bei uns. Die in den Thesen angegebene Konstellation ist dadurch nur noch deutlicher geworden.

Im folgenden will ich hinweisen auf einige wesentliche Elemente der Beziehungen zwischen dem Befreiungskampf der Kurden und den internatio-

nal Zugriffen, die insofern bis vor drei Jahren zugriffshemmend wirken konnten, entfallen sind. Und zweitens nahm seine Bedeutung zu, seitdem die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten sich für das internationale Kapital geöffnet haben, also auch z.B. das ölfreiche Aserbeidschan, gelegen im Norden Kurdistans. Seitdem also ist die weltweite Bedeutung des ganzen Umfeldes von Kurdistan zusätzlich gewachsen.

*

2. These: Auf der Grundlage dieser „geostrategischen“ Bedeutung Kurdistans ist auch qualitativ sein weiteres Schicksal von wachsender internationaler Bedeutung. D.h. der Erfolg des Kampfes um die Befreiung in diesem Land kann

rechtsgemeinschaft, einer Politik also, die diese Ressourcen in einer Weise nutzt, daß ihre Nutzung auf Dauer allen zugute kommen kann.

Ich betone dies gerade im Hinblick auf die neuesten Entwicklungen internationaler Politik unter Hinweis darauf, daß die Energieressourcen im Nahen Osten Ölfressourcen sind. Und das sind bekanntlich diejenigen, deren unbeschränkte und ungehemmte Verwendung gerade die ökologischen Katastrophen herbeiführen können, die den Globus insgesamt bedrohen. Die Frage, in welchem Maße in diesen Völkern demokratische Bewegungen, Strukturen und Kämpfe sich durchsetzen, hängt auf das engste zusammen mit der Frage der Gefahren oder der Abwendung der Gefahren globaler, nämlich der Klima-Entwicklungen, die im wesentlichen als Resultat der Verwertung des Öls drohen, also der spezifischen Ressourcen des Nahen Ostens. Diese beiden Stränge von Alternativen sind tatsächlich in bezug auf den Nahen Osten auf besondere Weise gebündelt.

*

3. These: Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland hat mit der Verfassung der türkischen Republik eines gemeinsam: die Besonderheit völkischer Elemente. In der Verfassung der Bundesrepublik von 1949 wird in Art. 116 definiert, wer Deutscher sei. Und diese Definition greift weit über die Grenzen der Bundesrepublik, weit über Deutschland hinaus, so etwa in Gebiete

und Bevölkerungsteile Polens, noch weiter in (in ihrem Umfang noch gar nicht abschätzbare) Bevölkerungsgruppen der Sowjetunion. Und die Türkische Republik hat seit 1924 Verfassungen, in denen das völkische Element deutlich festgelegt ist, etwa in der Formulierung: jeder, der innerhalb der Grenzen der Türkischen Republik lebt, ist Türke und ist glücklich, ein Türke zu sein. In den Ausführungsbestimmungen zum türkischen Verfassungsrecht heißt es im Parteiengesetz von 1966: Die politischen Parteien dürfen nicht behaupten, es gebe im Land Türkische Republik Minderheiten in bezug auf nationale und religiöse Kulturen oder Sprachverschiedenheiten.

Die mit nationaler Emphase betonte und verfassungsrechtliche Behauptung gemeinsamer völkischer Herkunft und gemeinsamen völkischen Charakters ist eine Gemeinsamkeit zwischen der Bundesrepublik und der Türkischen Republik.

*

4. These: Völkische Elemente in der Außenpolitik von Staaten wirken sich in besonders rabiater Weise die Völker spaltend und instrumentalisierend aus.



nen Bedingungen, unter denen er stattfindet und auf die er sich auswirkt. Ich beziehe mich dabei weniger auf die Einflußgrößen, die den Kampf bestimmen; vielmehr konzentriere ich mich — umgekehrt — auf die Funktion des Kampfes selbst im Geflecht internationaler Beziehungen, und zwar deshalb, weil ich der Meinung bin, daß jenem Kampf in diesem Zusammenhang große Bedeutung zukommt.

*

1. These: Kurdistan liegt am Rande desjenigen Gebiets auf der Erdoberfläche, das am intensivsten ausgestattet ist mit Energieressourcen, und insofern ist es von eminenter „geostrategischer Bedeutung“ (ich benutze diesen zynisch-imperialistischen Begriff bewußt, weil er dem Kernbestand imperialistischen Denkens zugehört, jenem Kategorienschema, in dem die Interessen der betroffenen Völker keine Rolle spielen können). Die Bedeutung dieses Gebiets nahm in den letzten drei Jahren zu, indem erstens mit dem Ende der internationalen sog. Blockkonfrontation zwischen Ost und West alle Elemente einer pattähnlichen Situation, also eines Gegengewichts gegen imperialistischen

zugleich entscheiden über zentrale und weiterreichende Elemente internationaler Politik, nämlich über die Alternative: *Katastrophenstrategien* (vor allem mit internationalen Militäreinsätzen) oder internationale *Problemlösungsstrategien* — was letztlich heißt: über das Leben vieler Menschen weit über die Grenzen Kurdistans hinaus.

Denn hier, an dieser Stelle der Erde, bündeln sich in besonderer Weise zwei Stränge von Alternativen internationaler Politik. Es handelt sich zum einen um die Alternative zwischen völkischer Außenpolitik, nämlich einer Außenpolitik, die von vornherein unterscheidet zwischen hochwertigen („mit berechtigten Interessen“ versehenen) und weniger hochwertigen Völkern, und einer Außenpolitik, die solche völkischen Elemente nicht enthält. Und zum zweiten handelt es sich um die Alternative: einer Außenpolitik zwecks Verfügung über Energieressourcen wesentlich zugunsten imperialistischer Mächte, insofern bestimmt durch ständigen Zugriff auf die Länder und Völker dieser Gebiete, oder einer gemeinsamen Interessen wahrnehmenden Außenpolitik zwecks rationeller Verwertung der Ressourcen zugunsten zunächst dieser Länder selbst und sodann der gesamten Völker.

Bei der Bundesrepublik läßt sich das verifizieren nicht nur in ihrer Politik bezüglich der osteuropäischen Länder — dort etwa mit spezifischen Aktivitäten im Hinblick auf Kaliningrad, das heute hierzulande wieder programmatisch „Königsberg“ genannt wird, sowie mit zunehmend offiziell unterstützten Aktivitäten auch in den Westgebieten Polens —, sondern auch gerade im Hinblick auf die Länder des ehemaligen Jugoslawien; dort kann man feststellen, daß die Bundesrepublik die Vorreiterin war in der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Und all dies geschieht unter dem Schlachtruf „Wahrung des Selbstbestimmungsrechts“. Das sind Einmischungsformen, und zwar Formen völkischer Einmischung. In Jugoslawien wird es noch lange Zeit ungeklärt sein, ob die Anerkennungs-politik der Bundesrepublik nur ein Auslöser ohnehin angelegter Wider-sprüche war oder ob der griechische Vize-Außenminister Pangalos recht hatte, als er Anfang dieses Jahres in scharfen Worten der Bundesrepublik unter Hinweis auf jene Anerkennungs-Vorreiterrolle eine brutale Expansions-politik vorgeworfen hat. In jedem Fall kann man sagen, die Bundesrepublik betreibt dort und befördert in jenen Gebieten eine Politik der völkischen Zer-legung. Dies ist die eine Seite.

Sie betreibt völkische Politik andererseits auch im Hinblick auf Kurdistan, und nun mit umgekehrter Stoß-richtung, nämlich mit der Stoßrichtung der Unterstützung jener völkischen, Elemente, die ich soeben aus der türki-schen Verfassung und dem Parteiengesetz zitiert habe. Völkische Begründungen dienen dort nicht dem Zweck der Zerlegung, sondern dem Zweck der Verfestigung staatlicher Strukturen, die die Bundesrepublik als für ihre Außen-politik im Hinblick auf den Nahen Osten — jedenfalls heute — für oppor-tun hält. Vergessen wir nicht: In der Türkei ist den massenhaften Pogromen gegen die *Armenier* bereits im ersten und zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhun-derts, jener frühen blutigen Praktizierung völkischen Gedankenguts, von Deutschland auf der Grundlage solcher Denkweisen Unterstützung zugekom-men. Und nun betreibt die deutsche Re-gierung eine völkische Politik mit blu-tigen Folgen für das kurdische Volk. Es ist also dieses gemeinsame Gedanken-gut, es ist das völkische Ideologiekon-strukt, das in Kurdistan die gemeinsa-me Politik der Türkischen Republik und der Bundesrepublik verbindet.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Verbotsverfügung der Bundesre-publik gegenüber kurdischen und deutsch-kurdischen Organisationen seit Novem-ber letzten Jahres. Die Verbotsverfü-gung ist nichts anderes als der innenpo-litische Ausdruck völkischer Prinzi-pien zugunsten außenpolitischer Inter-essen.

*

5. These: Völkische Außenpolitik ist all-gemein und prinzipiell — und das lehrt insbesondere die Geschichte des 20. Jahrhunderts, zumal der 30er und 40er Jahre — hervorragend geeignet, Wider-sprüche in internationalem Maßstab zu verschärfen, in der Regel mit katastro-phalen Folgen für die betroffenen Län-der. Des weiteren führt völkische Au-ßenpolitik zum verschärfen, zum hem-mungslosesten Wettrennen um Ressour-cennutzung, ohne Rücksicht auf die In-teressen der Völker der Ressourcen-Länder und ohne Rücksicht auf ökologi-sche und damit globale Folgen einer sol-chen Nutzung. Damit führt völkische Politik — und ist zugleich eine hervor-ragende ideologische Grundlage dafür — notwendigerweise zur Entrechtung und Verelendung ganzer Völker, ja da-

zu, daß diese in der internationalen Ökonomie geradezu abgeschrieben wer-den. Dies ist die Folge, aber dies ist auch die Funktion völkischer Elemente in der Außenpolitik.

*

6. These: Wenn sich völkische Außenpo-litik mit der Ressourcennutzung ohne Rücksicht auf die Folgen für die inter-nationale Völkerrechtsgemeinschaft und für die Völker insgesamt verbindet, dann zeigt sich die Katastrophentrich-tigkeit völkischer Außenpolitik an die-sem Punkt der Erde, nämlich im Nahen Osten mit seiner spezifischen „geostra-tegischen“ Lage, besonders eklatant und besonders verschärft. Das heißt umgekehrt: Die Bekämpfung völk-i-scher Politik findet zum einen statt im Kampf der Kurden auf dem Territo-rium der gegenwärtigen Türkischen Republik, und zum anderen findet sie statt in der Bundesrepublik gegen die völkischen Elemente in der deutschen Außenpolitik. Es ist ein Kampf gegen das schiere imperialistische Wettren-nen, ein Kampf gegen das Abschreiben ganzer Völker, ganzer Länder, ja Konti-nente.

*

7. These: Ein Erfolg im Befreiungs-kampf der Kurden ist also ein Erfolg gegen die völkische, jene besonders scharfe und menschenverachtende, völkerverachtende Version imperialisti-scher Außenpolitik. Jeder Erfolg im Be-freiungskampf der Kurden ist damit ein Erfolg verantwortlicher internationa-ler Politik im Umkreis jener besonders interessenverflochtenen Region im Na-hen Osten. Und damit komme ich zu der Schlußthese.

*

8. These: Unsere hier in Deutschland stattfindende Unterstützung des kurdi-schen Befreiungskampfs geschieht nicht aus Altruismus, sondern es sind unsere eigenen, und es sind darüber hinaus ja globale Interessen, die dahinterstehen. Ganz besonders hier in Deutschland mit seiner besonderen völkischen Tradition in der Außenpolitik dieses Jahrhunderts einschließlich seiner kriegerischen Außenpolitik, ganz besonders hier also haben wir zu jener Unterstützung allen Anlaß. Gleichgül-tig, ob das Ergebnis des Befreiungs-kampfes eine Separation von der Türki-schen Republik sein wird oder eine Au-tonomie mit föderativem oder konföde-rativem Status, es wird ein Erfolg sein gegen solche völkische Politik.

Martin Bennhold ist Professor für Rechtssoziologie an der Universität Osnabrück.

NEU BEI GNN:

Serdar Çelik: Teure Wahrheit

Der Bericht von Özgür Gündem 1993.

Der Bericht über die Verfolgung der weltbekannten Tageszeitung in der Türkei und Kurdistan durch das tür-kische Regime. Mit einer Dokumen-tation wichtiger Gesetze des türki-schen Regimes zur Terrorisierung der kurdischen Bevölkerung. Erschienen im Juli 1994. 200 Seiten, Preis: 16,00 DM. ISBN 3-926922-23-0. Bestellungen an: GNN-Verlag, Zül-picher Str. 7, 50674 Köln.

Brauchen die Deutschen wieder eine Hexenjagd?

Von Rudolf Nitsche

Zunächst zu den Fakten, da viele Jüngere, aber auch Ältere jahre-lang durch die BRD-Medien einsei-tig informiert wurden:

Am 21.12.1972 unterzeichneten die DDR und die BRD den Grundlagenver-trag über ihre gegenseitigen Beziehun-gen. In Artikel 6 heißt es unzweideutig: „Die DDR und die BRD gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektie-ren die Unabhängigkeit und die Selbständigkeit jedes der beiden Staa-ten in seinen inneren und äußeren An-gelegenheiten.“

Kurz darauf wurden die DDR und die BRD als souveräne und gleichberechtigte Mitgliedsstaaten in die UNO auf-genommen. Die DDR war ein von rd. 150 Staaten anerkanntes Land und ge-schätzter Partner.

Am 1.8.1975 unterzeichneten 35 euro-päische Staaten, die USA und Kanada die Schlußakte von Helsinki der Konfe-renz über Sicherheit und Zusammenar-beit in Europa. Zu ihren Unterzeichnern gehörten u. a. H. Schmidt, E. Honecker und G. Ford. Im Artikel, der die Prinzi-pien der Beziehungen der Teilnehmer-staaten regelt, heißt es unter I.:

„Die Teilnehmerstaaten werden ge-genseitig ihre souveräne Gleichheit ... sowie Rechte achten ... Sie werden ebenfalls das Recht jedes anderen Teil-nehmerstaates achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturel-le System frei zu wählen und zu ent-wickeln sowie sein Recht, seine Geset-ze und Verordnungen zu bestimmen.“

Unter III. heißt es: „Die Teilnehmer-staaten betrachten gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staa-ten in Europa als unverletzlich und werden deshalb jetzt und in der Zu-kunft keinen Anschlag auf diese Gren-zen verüben.“

Und schließlich unter VI.: „Die Teil-nehmerstaaten werden sich ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuel-len oder kollektiven Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegen-heiten enthalten, die in die innerstaat-liche Zuständigkeit eines anderen Teil-nehmerstaates fallen.“

Im September 1987 empfingen Ri-chard von Weizsäcker und Helmut Kohl den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, zu einem offiziel-len Besuch in Bonn. In einem gemeinsa-men Kommuniqué darüber heißt es:

„Es bestand Übereinstimmung, das Erreichte unter Beachtung des Grund-satzes zu bewahren und auszubauen, daß beide Staaten die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten respektiert.“

Frage: Wenn die DDR nun nach der Wende plötzlich ein Unrechtsstaat von Anfang an gewesen sein soll — wie man uns das heute weismachen will —, war-um hat dann H. Kohl E. Honecker nicht spätestens 1987 in Bonn mit Handschel-len abführen lassen, statt ihn mit allem Pomp (roter Teppich, militärische Eh-renkompanie und Verneigen vor der „Spalterflagge“) empfangen? Demzu-

folge habe H. Kohl den obersten Reprä-sentanten eines Unrechtsstaates hof-fiert.

Aus den angeführten Dokumenten geht jedoch eindeutig hervor, daß die DDR ein auch von Bonn anerkannter souveräner Staat mit einer Staatsgren-ze (keiner „innerdeutschen“ Grenze wie zwischen zwei Bundesländern, son-dern einer sensiblen Staatsgrenze zwis-chen den beiden hochgerüsteten Welt-blöcken) und einem Staatsvolk — näm-lich ihren Bürgern — war.

Die Regelungen des Regimes an dieser Staatsgrenze oblag innerstaatlicher Gesetzgebung, in die sich kein anderer Staa (s. oben) einzumischen verpflichte-te.

Jetzt zu den „Mauerschützen“ — und den Keßler-Prozessen: H. Berger aus Berlin stieß bei Recherchen im Archiv des Berliner Verlages auf folgenden Beitrag einer westdeutschen Zeitung: Es ging um einen Prozeß gegen einen BRD-Grenzer, der einen Grenzverletzer beim Grenzübertritt erschossen hatte. In der Verhandlung argumentierte er, er „habe ja nicht wissen können, daß dieser nur ein Kilo Kaffee bei sich ge-habt habe, er hätte doch durchaus etwas anderes dabei haben können“. Der Grenzer wurde freigesprochen. Bei sei-nen weiteren diesbezüglichen Recher-chen fand H. Berger heraus, daß bereits 1968 59 (!) Todesschüsse seit 1949 an der bundesdeutschen Westgrenze abgege-ben wurden!

Heute bezeichnet man die Grenzsol-daten der DDR als „Mauerschützen“, um die These vom „Unrechtsstaat“ zu untermauern. Nun sucht man seit der Wende nach einem nichtexistierenden „Schießbefehl“ (immer in der Sprache des kalten Krieges, die in so manchen Westköpfen noch nicht überwunden ist), obwohl inzwischen bekannt ist, daß es sich um eine Schußwaffenge-brauchsbestimmung der DDR-Grenzer handelt, die der analogen des Bundes-grenzschatzes mehr als ähnlich ist. Wie hätten denn die DDR-Grenzer bei Nacht- und Nebelaktionen unterschei-den sollen, ob es sich um politische Flüchtlinge, Kriminelle oder Schmugg-ler handelt, die sich ihrer gerechten Strafe durch Flucht und Grenzverlet-zung zu entziehen suchten?

Wie hätten sie wissen können, ob der Grenzverletzer nicht gar bewaffnet war und als erster hätte Schüsse abgeben können? (Das gab es ja bekanntlich mehrfach!) Und wie ist es mit den 25 „Maueropfern“ — Grenzsoldaten der DDR —, die vom Westen aus auf dem Ge-biet der DDR erschossen wurden, deren Täter weitgehend bekannt sind und die in der BRD und Westberlin als „Hel-den“ gefeiert wurden?

Die Prozesse und Urteile gegen die Mitglieder des Verteidigungsrates der DDR, Keßler, Strelitz und Albrecht, er-folgten unter dem Motto des „Unrechts-staates“, seiner „Unrechtsgesetze“ und der Begründung, daß man nicht nur die „Kleinen“ bestrafen könne. Aber wer sagt denn, daß man die „Kleinen“ ver-urteilen muß, die ja nach Rechtsvor-schriften der DDR gehandelt haben.

Fortsetzung nächste Seite

Dokumentiert: Michail Gorbatschow antwortet Hans Modrow wegen „Hexenjagd“

Ehrenvorsitzenden
der Partei des
Demokratischen Sozialismus
Hans Modrow

Sehr geehrter Hans Modrow!

Kürzlich habe ich aus der Presse erfahren, daß der Bundesgerichtshof im Berufungsverfahren gegen die ehemaligen Mitglieder des Verteidigungsrates der DDR, die Generale Heinz Keßler und Fritz Streletz sowie das Mitglied des Rates Hans Albrecht, eine negative Entscheidung gefällt hat. Ich habe Ihre Erklärung dazu gelesen und teile Ihre Einschätzung. Das ist in der Tat eine tendenziöse Haltung zur Vergangenheit, die einen gefährlichen Präzedenzfall schafft. Auf dieser Grundlage können selbst einfache Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Verfolgungen ausgesetzt werden. Brau-

chen die Deutschen tatsächlich schon wieder eine Hexenjagd? Wem soll eine Kampagne nützen, die, statt die Wunden der Vergangenheit zu heilen, die politischen Differenzen nur verschärfen kann?

Die Logik derartiger Entscheidungen wie auch bereits des Gerichtsverfahrens gegen Erich Honecker geht im Grunde genommen davon aus, daß in der ganzen Zeit seit dem zweiten Weltkrieg im Osten Deutschlands kein Staat existierte und dieses Territorium in der Rechtslosigkeit der Bundesrepublik verblieb. Kann man denn aber die Tatsache aus der Welt streichen, daß die Souveränität der DDR von der ganzen Weltgemeinschaft anerkannt, daß sie Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen war? Kann man einfach vergessen, daß die BRD und die DDR einen Vertrag geschlossen haben,

der die Beziehungen zwischen ihnen als gleichberechtigte Staaten sowie Fragen ihrer Staatsbürgerschaft regelte?

Ich muß sagen, daß dieses Thema in meinen Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in den Tagen, als sich die Frage der deutschen Vereinigung entschied, mehrmals besprochen wurde. Meine deutschen Partner versicherten, es werde keinerlei Diskriminierung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer politischen Führung zugelassen werden, das Verhältnis zu den östlichen Bundesländern werde sich auf gar keinen Fall nach der Formel von Siegern und Besiegten gestalten. Selbst bei meinen jüngsten Reisen nach Deutschland hatte ich den Eindruck, daß der deutschen Gesellschaft der Sinn mehr nach nationaler Einigung und nicht nach Auseinandersetzung und Spal-

tung steht. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen diese Gedanken mitzuteilen, denn ich glaube, dieses Problem ist nicht nur für Deutschland aktuell. Es hat für die Zukunft vieler Länder eine enorme Bedeutung. Hier geht es darum, eine Wahl von historischer Dimension zu treffen, sich entweder für einen Kurs der sozialen Revanche, der Vergeltung und des Hasses oder für einen Kurs der nationalen Eintracht, des ideologischen und politischen Pluralismus unter dem für alle gleichen Recht zu entscheiden. Ich bin überzeugt, die Völker werden keine neue Konfrontation zwischen Roten und Weißen, sondern den Bürgerfrieden wählen.

Mit den besten Wünschen

Michail Gorbatschow 18. August 1994

Fortsetzung von Seite 13:
Hexenjagd...

Das Regime an der Staatsgrenze der DDR zur BRD, die Grenzsicherungsanlagen sowie die Schußwaffengebrauchsbestimmung wurden von den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages (als Nahtstelle zwischen ihnen und der NATO!) getragen und von der Volkskammer der DDR beschlossen.

Warum also verurteilt man logischerweise nicht alle Abgeordneten der DDR-Volkskammer gleich mit, einschließlich der CDU/LDP/NDP- und DBD-Abgeordneten, die heute bei ihren Schwesterparteien CDU und FDP untergekröhen sind und fette Posten und Privilegien genießen?

Warum nur ausgesuchte SED-Mitglieder?

Der Angeklagte H. Albrecht erinnerte anlässlich seines Prozesses daran, „daß er in den späten achtziger Jahren — noch zu DDR-Zeiten — eingeladen und auch willkommen geheißen ins benachbarte Bayern gereist sei. An der Grenze wurde er stundenlang aufgehalten, da der BRD-Grenzschutz angesichts der Funktion des Reisenden erst umfassende Recherchen anstellen wollte — beim Verfassungsschutz, beim Bundesnachrichtendienst, beim Dokumentationszentrum Salzgitter, in diversen Fahndungslisten. Danach habe ihm der diensthabende Offizier den Paß überreicht und gesagt: „Gegen Sie liegt in der Bundesrepublik Deutschland nicht das Geringste vor. Gute Reise!“ (Zitiert aus „Briefe aus Moabit“ von Gerhard Holtz-Baumert.)

Und nun folgt seine Verurteilung und die der anderen wegen eines nichtexistenten Schießbefehls und aus politisch motivierter Rachsucht oder, wie Gorbatschow es formuliert, als Hexenjagd!

Folgerichtig verurteilte die BRD-Justiz Markus Wolf, Chef der Aufklärung der DDR — gegen den die Bundesanwaltschaft bis zur Wende keinen Haftbefehl erlassen hatte —, nun nach der Wende wegen „Landesverrats“. Doch selbst der ehemalige Präsident des BND und des Verfassungsschutzes, Hellenbroich, stellt die Frage: „Welches Land hat Wolf verraten? Die BRD war nicht sein Land. Und die DDR hat er nicht verraten.“ (ND vom 28./29.5.94)

Im Reigen dieser Siegerjustiz und der Hexenjagd darf nicht fehlen: die Justizfarce gegen den schwerkranken Honecker; die pauschale Ausgrenzung von Millionen staatsnahen Ostdeutschen; das Rentenstrafrecht durch Kollektiv-

schuld für Hunderttausende DDR-Bürger — wohlgerichtet ohne jeglichen justiziablen Nachweis von Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen.

Für dieses sogenannte Rentenüberleitungsgesetz schämen sich selbst solche honorablen Bürger wie Prof. Dr. Axel Azzola aus Darmstadt oder der Ehrenvorsitzende des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen der BRD, Gerhard Schröder. In einem Brief an Kohl und Schäuble schrieb er u.a.: „Die Arroganz und Gefühlskälte, mit der von ihrer Partei — allen Grundsätzen unseres sozialen Rechtsstaates zuwider — Rentenrecht zu Strafrecht gemacht wird, läßt mich verzweifeln. (...) Mein Bundesverdienstkreuz werde ich jedenfalls nie mehr anlegen, solange das Rentenrecht nicht aus der Welt geschafft ist.“ („Im Ruhestand“ Nr. 8/94)

Nun zum zweiten Teil des Briefes von Gorbatschow an Modrow, demzufolge ihm die BRD-Seite im Kaukasus versicherte, „es werde keinerlei Diskriminierung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer politischen Führung zugelassen werden, das Verhältnis zu den östlichen Bundesländern werde sich auf gar keinen Fall nach der Formel von Siegern und Besiegten gestalten“.

Hatte das jemand von Vertretern des Kapitals tatsächlich erwartet? Warnende Stimmen gab es genug. Und die Geschichte ist voll von Beispielen über Wort- und Vertragsbrüchigkeit von kapitalistischen Regierungen (einschließlich des Einigungsvertrages!).

Den Inhalt des o.g. Briefes fanden Kenner schon aus dem Buch des ehemaligen Kanzlerberaters, Horst Teltschik, oder den Erinnerungen des Gorbatschow-Beraters, Falin, über die Vorgänge im Kaukasus bestätigt.

Inzwischen weiß man aber auch, daß Gorbatschow zu allen Wendungen fähig ist, manchmal blauäugig, manchmal schlitzohrig.

Bleibt nur die Frage, warum das Gorbatschow nicht früher über die Lippen gekommen ist, z.B. anlässlich des Honecker-Prozeß-Spektakels, der Wolf- und Keßler-Prozesse, der grundgesetzwidrigen Ungerechtigkeiten gegenüber Millionen Ostdeutschen, obwohl er dazu mehrfach aufgefordert wurde. Warum hat er nicht schon vor 2, 3 Jahren seine Stimme erhoben und Helmut Kohl öffentlich der Wortbrüchigkeit bezichtigt? Aber das tut man ja wohl unter Duzfreunden und besonders gegenüber Geldgebern nicht?

Jetzt, nachdem Gorbatschow die UdSSR „abgewickelt“ hat und für die DDR der große Bruder nicht mehr existiert, glaubt man in Bonn, in Siegermänner Geschichte aufzuarbeiten und eine Hexenjagd veranstalten zu müssen.

Zur Abwicklung, Ausgrenzung, politischen Prozessen und Rentenstrafrecht kommt hinzu, daß führende Bonner Politiker, die bei ihrem Amtsantritt auf das Grundgesetz geschworen haben, Gerechtigkeit gegenüber Jedermann zu üben, Andersdenkende nicht nur nicht grundgesetzwidrig politisch und juristisch verfolgen, sondern auch noch auf das Übelste verleumden und beschimpfen. Mit Parolen vom „Bolschewistenschreck“ versucht man — wie seit 1933 —, die Wähler im Westen einzuschüchtern.

Alles in allem handelt es sich um eine vierfache Hexenjagd:

— Ausgrenzung von Millionen durch Berufsverbote und Siegerjustiz in Form von politischen Prozessen;

— Rentenstrafrecht ohne jeglichen Schuldnachweis;
— Verleumdung und rüde Beschimpfung Andersdenkender
— und nicht zuletzt durch die Abwicklung der Lebensgrundlage von Millionen — der Volkswirtschaft der DDR — als eines lästigen Konkurrenten.

Es ist zumindest im Osten Deutschlands in aller Munde: Der Aufschwung Ost findet nur beim westdeutschen Kapital und den Spekulanten in den Altbundesländern statt. So aber gestaltet man die Einheit Deutschlands nie, sondern schafft neue Mauern in den Köpfen der Menschen.

Der Autor, Jahrgang 1928, lebt in Berlin. Er ist Verfasser des jetzt im GNI Verlag in Schkeuditz erschienenen 1. senswerten Buches „Diplomat im besonderen Einsatz“ — eine DDR-Biographie —, gerichtet vor allem gegen politische Ausgrenzung und Rentenstrafrecht.

**Reinhard Opitz,
„Europastrategien
des deutschen
Kapitals“**

**Verlag Pahl-Rugenstein
plant Nachdruck**

Der Pahl-Rugenstein Verlag in Köln plant einen unveränderten Nachdruck des 1977 von Reinhard Opitz herausgegebenen Quellenwerks „Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945“. Es macht mit einem Umfang von 1070 Seiten erstmals einer größeren Öffentlichkeit 190 zentrale Dokumente der Europapolitik der wirtschaftlichen und politischen Eliten Deutschlands zugänglich, die Auskunft über die Mittel und Wege geben, mit denen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts deutsche Vorherrschaft in Europa angestrebt worden ist.

Um das finanzielle Risiko erträglich zu halten und den Nachdruck zu

**Europa
strategien
des deutschen
Kapitals 1900
1945**

herausgegeben von Reinhard Opitz/Pahl-Rugenstein

einem erschwinglichen Preis von 68 DM auf den Markt bringen zu können, ist der Verlag auf eine größere Anzahl von Vorbestellungen (ca. 400 Stück) angewiesen. Diese sollen gerichtet werden an:
**Pahl-Rugenstein Verlag,
Breite Straße 47, 53111 Bonn,
Tel. 0228/632306,
Fax: 0228/634968.**

Ey Waigel, haste mal ne Mark?

Von
W. Scherer

In der Ausgabe Nr. 14 dieser Zeitung hatten wir eine Protesterklärung der Sozialhilfe-Initiativen gegen die reale Senkung der Sozialhilfe zur Jahresmitte veröffentlicht. In einem Beitrag für die Zeitschrift „Contraste“, den wir im folgenden dokumentieren, hat der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen, Wolfgang Scherer, noch einmal ausführlicher die Senkung der Sozialhilfe und ihre Hintergründe kritisiert.

Das Chaos wird perfekt, die Regelsatzentwicklung wirft ihre düsteren Schatten voraus. Ein Blick auf den schleichend laufenden Sozialabbau am Beispiel der willkürlichen Regelungen für die Höhe der Sozialhilfe.

Nach den uns vorliegenden Informationen ist der Stand der Diskussion um die Sozialhilfeerhöhung per 1. Juli 1994 wie folgt: Eine innerministerielle Arbeitsgruppe — unseres Wissens im Bundesfinanzministerium; es könnte aber auch eine interministerielle Arbeitsgruppe gewesen sein, an der dann auch u.a. das Familienministerium beteiligt war; andere Quellen sprechen von einer Arbeitsgruppe der Konferenz der obersten Landessozialbehörden (KOLS) — hat folgende Vorgabe erarbeitet: Die Erhöhung des Eckregelsatzes ab 1.7.94 soll 0,2% betragen — in Worten: null Komma zwei. Das ergibt für den Haushaltsvorstand eine Erhöhung von 1 Mark. Diese Vorgabe ist im Prinzip für die Bundesländer bindend.

Im einzelnen ist aus den Ländern zu hören: Nordrhein-Westfalen diskutiert, daß alle Personen über 7 Jahre diese eine Mark erhalten sollen; bei den unter 7 Jahre alten Kindern bleibt es beim bisherigen Regelsatz. (Letztes Jahr erließ die Landesregierung noch die Verordnung, daß der Eckregelsatz ab 1.7.1994 bis zum 31.12.1994 bei 527 DM liegen solle, danach bis zum 30.6. bei 535 DM. Würde diese Verordnung jetzt über Bord geworfen, beträgt der Eckregelsatz für das ganze Jahr 520 DM.) Brandenburg will eventuell nicht den laufenden Regelsatz erhöhen, sondern die 12 DM Jahreserhöhung der Weihnachtsbeihilfe zuschlagen. Irgendein anderes Bundesland (wir wissen nicht welches) erwägt, den Regelsatz überhaupt nicht zu erhöhen. Von Sachsen wird gemunkelt, daß dort die Sozialhilfe um 2% erhöht werden soll, dies würde 10 DM zusätzlich auf den Eckregelsatz ergeben (506 DM) und brächte die Sozialhilfe in Sachsen annähernd auf West-Niveau. Aus Bayern ist zu hören, daß die Erhöhung 0,1% betragen solle. Eine Regelsatzerhöhung solle dann allen ab dem 15. Lebensjahr zugute kommen. In allen anderen Bundesländern scheint die 0,2%-Erhöhung das Maß der Dinge zu sein.

Eine solche Regelsatz-Erhöhung ist purer Zynismus. Die Tatsache, daß die Sozialhilfeberechtigten jede Mark brauchen, scheint mißverstanden worden zu sein: jede Mark, nicht eine Mark.

Wie kommt es, daß die Sozialhilfe so einfach eingefroren werden kann?

Seitdem es das „Statistikmodell“ gibt (1989/90), ist nicht mehr der „Bedarf“ Berechnungsgrundlage für die Sozialhilferegelsätze, sondern es sind die „Verbrauchsgewohnheiten unterer Lohngruppen“. Und wenn deren Einkommen geringer wird bzw. die Preissteigerung höher liegt als die Einkommenssteigerung, kann nur noch weniger verbraucht werden. Und für die Sozialhilfe verhält es sich dann ebenso.

1988 veröffentlichte die Arbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen auf ihrem Wintertreffen in Wolfsburg

eine Stellungnahme gegen das Statistikmodell, in der es u.a. hieß:

„Vor dem Hintergrund der Entwicklung unterer Lohngruppen (KAPOVAZ, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse usw.; d.h. der ungeschützten Arbeitsverhältnisse überhaupt) gewinnt die Flexibilisierung des Armutsbegriffs durch die Einführung des ‚Statistikmodells‘ die sozialpolitische Bedeutung. Die Koppelung der Sozialhilferegelsätze mit den unteren Lohngruppen eröffnet die Spirale nach unten. So können auf Dauer die Regelsätze nicht nur überhaupt eingefroren, sondern auch herabgesetzt werden.“

Jetzt sind wir in der Spirale nach unten drin. Schuld daran sind nicht zuletzt die Sparbeschlüsse des vergangenen Jahres.

Bei den Verhandlungen zum „Föderalen Konsolidierungsprogramm“ (FKP) im Frühsommer 1993 war folgende Situation. Die Bundesregierung (sprich Finanzminister Waigel) hatte in ihrer Gesetzesvorlage folgende Änderung zum § 22 BSHG; anzufügender Abs.4: „Die seit dem 1. Juli 1992 geltenden Regelsätze erhöhen sich im Zeitraum vom 1. Juli 1993 bis zum 30. Juni 1994 vierteljährlich um insgesamt 2 von Hundert, im Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis zum 30. Juni 1996 dürfen die nach dem Absatz 3 festzusetzenden Regelsätze insgesamt höchstens um 3 von Hundert angehoben werden.“

Gegen diese Deckelung (und letztlich Kürzung) der Sozialhilfe liefen wir Sturm, ebenso große Teile der Fachöffentlichkeit. Auch die (SPD-regierten) Bundesländer erklärten sich gegen diese Absicht. In einer Telefonschaltkonferenz am 14. April 1993 einigten sich die SPD-Ministerpräsidenten auf folgenden Vorschlag: Eine Kürzung der Regelsätze bei der Sozialhilfe wird abgelehnt.

Um ein zu starkes Auseinanderlaufen des Anstiegs von Sozialhilfe und Arbeitseinkommen zu vermeiden, wird einer Begrenzung der Erhöhung der Sozialhilfe-Regelsätze grundsätzlich zugestimmt. Dabei soll aber eine starre Vorfestlegung durch feste Steigerungssätze (Gesetzesentwurf der Bundesregierung) vermieden werden. Die SPD will stattdessen den Anstieg der Sozialhilfe-Regelsätze für eine Übergangszeit am objektiven Kriterium des Nettolohnanstiegs der ArbeitnehmerInnen orientieren.

Wir, die Sozialhilfeinitiativen, wehren uns letztes Jahr so gut wir konnten (bis hin zur Besetzung des Daches der SPD-Parteizentrale in Bonn) gegen die Verschlechterung, weil wir ganz genau sahen, daß die Nettoeinkommen im

Durchschnitt sinken. Aber ergebnislos. Arm in Arm verabschiedeten CDU-CSU-FDP-Bund und SPD-Grüne-FDP-Länder die verschlechterte Regelsatzberechnung. Und jetzt haben wir den Salat.

Der Netto-Lohnanstieg wird jetzt mit 0,2% angegeben (allerdings werden die Berechnungsgrundlagen nicht offengelegt, nicht einmal die Ministerien in den Ländern sollen die Unterlagen bisher erhalten haben — sollte die KOLS diese Zahl ermittelt haben, wäre die Nicht-Weitergabe ein Hinterhaustreppwitz). Das „objektive Kriterium des Nettolohnanstiegs“ hat zur Folge, daß ArbeitnehmerInnen in unteren und mittleren Lohngruppen bereits einen Nettolohnanstieg hinnehmen müssen — und der private Konsum, z.B. bei Lebensmitteln, inzwischen zurückgeht. Es wird also bei den Ausgaben gespart, da immer weniger auszugeben ist. Sozialhilfeberechtigte können aber nicht einsparen — und dies bei gleichzeitigem Preisanstieg in den verschiedenen Verbrauchsgruppen.

Wir müssen uns also mit aller Entschiedenheit wehren, daß die Sozialhilfe quasi eingefroren wird. Wir fordern daher alle Initiativen, Beratungsstellen und sozial engagierten Gruppen auf, auf die Landes- und Bundespolitik einzuwirken, daß die Sozialhilfe entsprechend der Preisentwicklung erhöht wird.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten für einen 2-Personenhaushalt mit geringem Einkommen lag laut Statistischem Bundesamt im Dezember 1993 gegenüber dem Dezember 1992 bei + 3,6%, für die einfache Lebenshaltung eines Kindes bei 3%. Die Preissteigerung verläuft seitdem weiter in dieser Größenordnung.

Schon letztes Jahr gab es eine Regelsatzerhöhung von i.d.R. 2 mal 1% = 1,5% im Jahresschnitt — also mindestens 1,5% zu niedrig. Und wenn wir davon ausgehen, daß die Preissteigerungsrate bei den regelsatzrelevanten Gütern und Dienstleistungen auch in diesem Jahr 3% betragen wird, ergibt sich ein zusätzliches Defizit von 2,8%. Die Regelsatz-Erhöhung müßte in diesem Jahr bei mindestens 4,5% liegen.

Also, wenn sich dies auch alles kompliziert anhört: klar ist, 0,2% sind zu wenig und der pure Hohn. Und die Länder tragen eine Mitverantwortung, daß die Regelsätze entsprechend der Lebenshaltungskosten steigen — denn sie haben zusammen mit dem Bund das Sagen und uns die Suppe eingebrockt.

Nutzt überall die Wahlkampfsituation, um auf die Regelsatzentwicklung Einfluß zu nehmen! (...)(aus: CL-Netz)

Betrifft: Beschlagnahme der Dokumentation „BRD/RAF“

Die im GNN-Verlag in Köln verlegte Dokumentation darf weiter nicht verbreitet werden. Der Ermittlungsrichter beim OLG Düsseldorf, der die Beschlagnahme der beim Verlag vorhandenen Rest-Auflage von ca. 1000 Exemplaren angeordnet hatte, hat die Beschwerde gegen die Beschlagnahme abgelehnt. Als nächstes muß sich der Senat des OLG mit der Beschwerde befassen und entscheiden, ob die Beschlagnahme-Verfügung des Ermittlungsrichters aufrechterhalten bleibt oder nicht.

In den Ermittlungsverfahren selbst (bei dem gegen zwei Geschäftsführer des GNN-Verlags wegen Verdachts der „Werbung“ für die RAF ermittelt wird), hat der ermittelnde Oberstaatsanwalt

dem Verlag mitgeteilt, daß er vermutlich bis Ende dieses Monats eine Entscheidung über das weitere Vorgehen treffen werde. Möglich ist:

a) die Einstellung aller Verfahren und die umstandslose Rückgabe der gesamten Dokumentation;

b) die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die beiden beschuldigten Geschäftsführer bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Beschlagnahme gegen die Dokumentation; in diesem Fall würde über die Beschlagnahme bzw. das damit verbundene Vertriebsverbot in einem sog. „objektiven Verfahren“ weiter verhandelt und irgendwann entschieden;

c) die Fortsetzung aller Verfahren, d.h. Anklageerhebung gegen die beiden Geschäftsführer vor dem OLG Düsseldorf. — (rül)

TERMINE

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahl, Landtagswahl Thüringen, Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

21.10. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln, ab mittag.

22.10. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

26./27.11. Jahrestagung — Arbeitskonferenz der Volksfront und a.o. Bundeskongreß zur Beschlußfassung über den Satzungsentwurf. Köln, JH K.-Deutz.

5.—8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 621532.



Ernst Blochs „Erbschaft dieser Zeit“

Philosophischer Antifaschismus und antifaschistische Philosophie

Daß erst in den letzten Jahren das Verhältnis von Philosophie und Faschismus näher beleuchtet wurde¹, deutet auch auf eine unterbelichtete Stellung der Philosophie zum Antifaschismus bzw. des Antifaschismus zur Philosophie hin. Es ist ein Versäumnis, dessen Spur bis in die Weimarer Zeit verfolgt werden kann: Der Nationalsozialismus war kaum ein Thema der Philosophie, und auch politische Äußerungen von Philosophen zur damaligen Situation waren selten. Dagegen sticht Ernst Blochs *Erbschaft dieser Zeit* von 1935 als explizit philosophische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus heraus. Es ist ein Buch, von dem auch heute noch einiges zu lernen ist, denn die „Zeit“, wie Bloch in der Nachschrift von 1962 vermerkt, „aus der das vorliegende Buch kam, steht immer noch lebhaft in der Luft“ (S. 20). Seine Tiefenschärfe erhält das Buch durch die Verbindung von systematisch-philosophischer Fragestellung und Blick auf das Alltägliche. Der Stil ist fragmentarisch und ist in einer Reihe zu nennen mit Walter Benjamins *Einbahnstraße* (1928), Max Horkheimers *Dämmerung. Notizen in Deutschland* (1934), Adornos *Minima Moralia* (1951) oder Ulrich Sonnemanns *Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten* (1963). Was Bertolt Brecht in seinen Theaterstücken als das Gestische und die Montage verwirklichte, findet sich bei Bloch als montierte Gestik für die Philosophie wieder. Die expressionistische Sprache erlaubt es ihm, die philosophischen Grundfragen – nach Kant: Was kann ich wissen? Was darf ich hoffen? Was soll ich tun? Was ist der Mensch? – auf den konkreten Menschen anzuwenden: auf den Menschen der Klassengesellschaft, ausgebeuteter Arbeiter hier, deklassierter Kleinbürger dort. Bloch schreibt über den Klatsch und den Muff, über die Dreigroschenoper und Tanzwettbewerbe, über den Kitsch in Kleinbürgers guter Stube und den Hunger im Proletenbauch. Dem Leser drängen sich Parallelen zu heute auf, zum Klatsch und Muff, der geliebt ist, zum bürgerlichen Kulturbetrieb und Techno-Dance-Marathon, zur Verkitschung auch der Arbeiterwohnung, zum wiederkehrenden Hunger und neuer Armut. Eine Passage aus der *Erbschaft* mag Zeugnis von der expressiven Form und inhaltlichen Dichte Blochschen Schreibens geben: „Der Klatsch. Daß man es mit ihm machen könnte, glaubt keiner. (...) Nach oben begehrt der kleine Mann keinesfalls auf, außer ganz allgemein, gegen den grünen Tisch und dergleichen. Desto leichter aber läßt er im Haus aus, was ihn quält; uneigentlich, als Streit mit den Schwächeren, als Klatsch gegen Nachbarn. (...) Klatsch kriecht die Treppen auf und ab, hält diese Menschen zusammen, indem er sie trennt. Er ist die schiefe Art, unzufrieden zu sein, die falsch adressierte, die Lust, zu kämpfen, ohne sich dem Gegner zu stellen. Stellt er sich aber, mit eingestemmt Armen, dann zeigt sich,

wieviel im eingeschränkten Menschen ist.“ (S. 25f.)

Bloch betont, das Buch als Marxist geschrieben zu haben, und gelangt zugleich zu einer erweiternden Kritik des Marxismus, die sein ganzes philosophisches Denken kennzeichnet: der Verweis auf ein vernünftiges, revolutionäres Potential im vermeintlich Irrationalen der Utopie, des Traums und auch des Glaubens. Der 1885 geborene und 1977 gestorbene Bloch hat in seinem dreibändigen Hauptwerk *Das Prinzip Hoffnung* (geschrieben 1938–47) seine Theorie der konkreten Utopie entwickelt; er denkt dabei den schon von Leibniz formulierten Gedanken, „daß die Gegenwart die Zukunft in sich enthält“, mit der Marxschen Idee, daß die alte Gesellschaft mit der neuen schwanger geht, in den Kategorien des Bewußtseins weiter: Unsere Träume und Utopien sind ein Noch-Nicht-Bewußtsein. Konkrete Utopien manifestieren sich in revolutionären Situationen als Vor-Schein der kommenden Zeit. Während Freud der unbewältigten Vergangenheit in den Nachträumen psychoanalytisch nachspürte, gilt Blochs Aufmerksamkeit den Tagträumen, in denen wir kleine und große Entwürfe unserer Zukunft wagen. Solcherlei Potential konkreter Utopie finden sich im Christentum, besonders bei seinen revolutionären Vertretern wie Thomas Münzer oder Joachim von Fiore; ebenso finden sich derartige Utopiegehalte in Märchen, wie auch in deren moderner Form, der Kolportage (d.i. Unterhaltungsliteratur) vom Schlage Karl Mays, und in den Glücksmomenten des Jahrmarktlebens. Wenn Bloch im Titel seines Buches nun von „Erbschaft“ redet, dann meint er damit Erbschaft dieser Phantasie, also im wesentlichen Sozialutopie, die die Traumwelt der Menschheitsgeschichte durchzieht; dann meint er aber auch eine Erbschaft, welche die Linke vernachlässigt hat und der sich die Nazis bemächtigen konnten.

„Nicht die ‚Theorie‘ der Nationalsozialisten, wohl aber ihre Energie ist ernst, der fanatisch-religiöse Einschlag, der nicht nur aus Verzweiflung und Dummheit stammt, die seltsam ausgewählte Glaubenskraft.“ (S. 65f.) So verführen die Nazis schließlich selbst noch mit den Bildern und Begriff des Sozialismus; womit der Faschismus Propaganda betreibt, ist neben dem rassistischen Vorurteil und helfender Hand des Großkapitals nichts Eigenes. „Er will nicht bloß Rotfront zerschlagen, sondern zieht der angeblichen Leiche auch den Schmuck ab. Der Betrüger und Mörder kann sich anders nicht sehen lassen als mit revoluzzerhaften Reden und Kampfformen. Der Kleinbürger sieht darin Sozialismus, der Großbürger besitzt daran Kulisse, und für beides war dem Kapitalismus höchste Zeit. Denn die demokratische Attrappe der Weimarer Sozialdemokratie versteckte den verelendeten Massen ihre Wirklichkeit nicht mehr.“ (S. 74f.) So stahlen die Nazis „zuerst die rote Far-

be“, dann „die Straße, den Druck, den sie ausübt“; schließlich gaben sie sich antikapitalistisch. Und Bloch gräbt noch tiefer, zeigt auch, daß selbst die Rede vom „Dritten Reich“ wie auch „tausendjährigen Reich“ im Ursprung revolutionär sozialistisch war und auf Befreiung zielte: Im Mittelalter, zu Zeiten der Bauernkriege insbesondere wurde damit dem Kampf gegen zunehmend weltliche Macht der Kirche nicht nur das Schlaraffenlandbild gegeben („kauft ohne Geld und umsonst beides, Wein und Milch“), sondern auch „sozusagen die Wissenschaft von der Revolution. (...) Die Zeit wurde als nicht nur subjektiv, sondern als objektiv reif zur Revolution erfahren, die Revolution stand ‚im Termin‘, die himmlische Gerichtsuhre schien sie anzuschlagen.“ (S. 144) Bis zur französischen Revolution, etwa im Revolutionskalender, ja im Revolutionsgedanken überhaupt als umwälzender Abschluß der Vorgeschichte zur wirklichen, von Menschen gemachten Geschichte, im Übergang vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit, zeigt sich solche chiliastische² Vorstellung sozialistisch. Im Marxismus wird sie im „allzu großen Fortschritt ... von der Utopie zur Wissenschaft“ (S. 66) herausgestrichen. „Die Vulgärmarxisten halten in Primitive und Utopie keine Wacht, die Nationalsozialisten haben ihre Verführung daran, sie wird nicht die letzte sein. Man hat die Hölle wie den Himmel, die Berserker wie die Theologie kampflos der Reaktion überlassen.“ (S. 66f.)

Ungleichzeitigkeit ist der philosophische Zentralbegriff in Blochs Buch. Bezeichnet ist damit eine vielrhythmische, mehrschichtige Dialektik von Geschichte, in deren Winkeln viele unbewältigte Mythen, Träume und Phantasien aufgehoben sind, die zur Verwirklichung noch immer drängen. Die Nazis nutzen diese Winkel in ihrer reaktionären Form, ähnlich etwa wie Richard Wagner auf unausgegorenen Mythos in seiner Musik zurückgreift. Wenden sich die Kommunisten diesen Winkeln nicht zu, dann prophezeit Bloch dem kommenden Sozialismus eine Gefahr aus solchen Winkeln. Die Bestätigung findet sich heute im Zusammenbruch des Realsozialismus, der von totgegläubten Vorurteilen und Nationalismen oder Umkehr zur Kirchengläubigkeit begleitet wird. Auch darf nicht vergessen werden, wie gerade das kleinbürgerliche Potential der 68er und K-Gruppen in breiten Teilen ins Lager von religiösen Sekten, Anthroposophie, Okkultismus und Esoterik wechselte. Die Parteigeschichte der Grünen hat bestätigt, daß selbst die allgemeinsten humanistischen Themen, Umwelt und Natur zum Beispiel, für Reaktion anfällig sind, wenn sie nicht vom Klassenkampf durchsetzt werden.

Gerade das letzte Jahrhundert hat viel Ungleichzeitigkeit produziert, technische Ingenieurskonstruktion auf der einen und verklärte Romantik auf der anderen Seite. Der Kapitalismus

übersetzt auch solche phantastischen Reste vergangener Zeiten in Waren – die Kultur wird zum Ausdruck dieser Ungleichzeitigkeit, am reinsten in der Mode und Formen der Unterhaltung. Um die Unterhaltungskultur hat sich die kritische Philosophie kaum gekümmert: sie interessiert sich für angeblich fortschrittliche, ernste Kunst. Wenn Bloch hingegen versucht, aus den Formen der trivialen Kunst noch utopisches Potential zu gewinnen, dann bezeichnet er auch eine Aufgabe heutiger Philosophie, die die Kultur nicht noch einmal den Nazis überlassen will. Zu lange haben gerade die Intellektuellen den Faschismus mit seiner volkstümlichen, deutschblütigen Form gleichgesetzt, in der Kultur Trachtenverein und Bäuerlichkeit bedeutet. Eine Erinnerung daran, daß der italienische Faschismus mit „entarteter Kunst“ überhaupt keine Probleme hatte und sie sogar zum Programm erhob – Stichwort Futurismus –, macht heute weniger verwundern, wenn Neonazis Punkmusik machen, die immer als „linke“ Musik galt, wenn etwa die ganze Mode der Skinheads ursprünglich eher ein subkultureller Ausdruck der Arbeiterjugend Englands gegen Rassismus war, wenn Neonazis Häuser besetzten oder Jugendzentren unter Kontrolle haben die einmal Bastionen der Linken waren.

Ernst Blochs philosophische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, überhaupt seine ganze Philosophie der konkreten Utopie, die es dem Kommunisten zur Pflicht macht, sich in der Phantasie über die Zukunft zu üben, gibt auch für den heutigen Antifaschismus ein gutes Werkzeug. Es mag helfen, einen konstruktiven Antifaschismus zu gestalten, der im aufkeimenden Neofaschismus nicht nur die Stärke des Kapitalismus sieht und damit die eigene defensive Position, sondern der hier gleichsam Zerfallerscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht und diese offensiv nutzt, um die Inhalte kömmender menschlicher Zukunft zu besetzen, auch wo ihr heute noch eine Bewegung fehlt. Auch die derzeitige bürgerliche Philosophie müßte darauf hin abgeklopft werden, gerade wo sie sich unverschämt im linken Lager bedient, um das rechte Lager diskutierbar zu machen. – (rob)

Zitate aus: Ernst Bloch, *Erbschaft dieser Zeit*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1981 (1962); ferner liegt eine Ausgabe als *Ges. Schriften Bd. 4*, Suhrkamp Frankfurt/M. 1962, vor.

(1) vgl.: Thomas Laugstien, *Philosophieverhältnisse im deutschen Faschismus*, Hamburg 1990; *Widerspruch München Zeitschrift für Philosophie* Nr. 13 (1987); *Philosophie im deutschen Faschismus*, Nr. 18 (19); *Restauration der Philosophie nach 1945*; Victor Farias, *Heidegger und der Nationalsozialismus*. Mit einem Vorwort von Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1989.

(2) *Chiliasmus* ist das Fremdwort für die Vorstellung vom tausendjährigen Reich, von griechisch *chilioi* = tausend.